Monitoring-Projekt

Zivile Konfliktbearbeitung · Gewalt- und Kriegsprävention

Dossier III

Der Israel-Palästina-Konflikt

Herausgegeben von der Kooperation für den Frieden

Impressum

Herausgeberin:
Kooperation für den Frieden
Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de
in Zusammenarbeit mit
dem Förderverein Frieden e.V.

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Kto.-Nr. 1900 726 793
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
Stichwort: Monitoring-Projekt

Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention
Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt

Grafik & Satz: www.kippconcept.de
alle Fotos: www.version-foto.de

1. Auflage Dezember 2007
2. Auflage Juni 2010
Bestellung und Preise siehe Rückseite

Text und v.i.S.d.P.:
Andreas Buro, Clemens Ronnefeldt
c/o Kooperation für den Frieden

Das Dossier in englischer Sprache siehe:
www.koop-frieden.de/dokumente/monitoring-dossier-3-english.pdf

Kooperation für den Frieden (www.koop-frieden.de)

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch aktiver Organisationen und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

Aachener Friedenspreis e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; Antikriegsbündnis „Menschen für den Frieden Düsseldorf"; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. (asfrab); Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für Soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); DFG-VK Bundesverband; EUCOMmunity; Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland, Friedensausschüsse; Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF); Frauen in Schwarz, Hamburg; Frauen in Schwarz, Köln; Frauennetzwerk für Frieden (FNF);Friedensforum Münster; Friedensgruppe Altenholz; Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide; Friedensinititiative Nottuln; Friedensrat Müllheim;Friedenszentrum Braunschweig; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; Heidelberger Friedensratschlag; Institute for International Assistance and Solidarity (IFIAS); Internationale JuristInnen gegen ABC-Waffen (IALANA); Infostelle für Friedensarbeit; Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW); Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF); Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig (VB); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; Leserinitiative Publik e.V.; Lebenshaus Schwäbische Alb; Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.; Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWis); Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); Pax Christi, Deutsche Sektion; Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO-Biosphärenreservat, Künzell; Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA); Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfgA); Würselener Initiative für den Frieden *(Stand: Dezember 2009)*

Der Israel-Palästina-Konflikt

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage dieses Dossier III „Der Israel-Palästina-Konflikt“ sind mehr als zwei Jahre vergangen. Die grundlegenden Rahmenbedingungen für eine zivile Lösung haben sich seither drastisch verschlechtert. Dennoch haben wir uns entschieden, diese jetzt vergriffene Broschüre unverändert nachzudrucken, da sich an der Notwendigkeit und der Richtung der von uns aufgezeigten Wege aus der Eskalation wenig geändert hat.

Nur mit kühnem Optimismus konnte erwartet werden, dass die noch von der früheren US-Regierung unter G.W. Bush initiierte Annapolis-Konferenz im November 2007 tatsächlich bis Ende des Jahres 2008 zu einem umfassenden Friedensschluss auf der Basis einer Zweistaatenlösung führen würde.

Im Dezember 2008 eskalierte der Nahostkonflikt trotz der weitgehenden Einstellung des Raketenbeschusses Israels seitens palästinensischer Gruppen Mitte Juni 2008 bis Anfang November 2008 mit der Bombardierung des Gazastreifens erneut in einer Schärfe, die eine kurz- oder mittelfristige Lösung derzeit unrealistisch erscheinen lässt.

Vor dem Hintergrund der israelischen Wahlen im Februar 2009 und der in Israel wahrgenommenen iranischen Bedrohung durch die Unterstützung von Hamas und Hizbollah mit Geld und Waffen, hatte sich die israelische Führung zu einer Angriffs- und Zerstörungspolitik entschieden, die – ebenso wie die Raketenangriffe auf Israel – im Goldstone-Bericht der UN-Fact-Finding-Mission mit großer Schärfe verurteilt wird.

Mit dem Amtsantritt von Barack Obama im Januar 2009 keimten Hoffnungen auf eine neue US-Politik im Nahen und Mittleren Osten. Der neue US-Präsident reichte in seiner Kairo-Rede der muslimisch-arabisch-persischen Welt die Hand zur Versöhnung und erklärte die Lösung des ungelösten Nahost-Konfliktes zur Priorität seiner Außenpolitik.

Erstmals wurde 2009 von US-Seite Israel als bedeutsame Nuklearmacht offen benannt. Als Ziel der neuen US-Politik sollten sich Indien, Pakistan und Israel dem Atomwaffen-Sperrvertrag unterwerfen, um aus Sicht Washingtons auch die Chancen einer Konfliktlösung im Atomstreit mit Iran zu verbessern.

Nach den Unruhen im Iran im Zusammenhang mit den Wahl-Manipulationsvorwürfen im Sommer 2009 gerieten allerdings auch diese Bemühungen um eine Lösung im iranischen Nuklearkonflikt in eine Sackgasse.

Während die Führung in Washington zunächst den israelisch-palästinensischen Konflikt deeskalieren möchte, um dann den Atomkonflikt mit Teheran leichter bearbeiten zu können, besteht die israelische Regierung auf der umgekehrten Reihenfolge.

Die Versuche der Obama-Administration, die israelische Führung zu einem Siedlungsstopp als Voraussetzung für Friedensverhandlungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen zu bewegen, scheinen an der Härte der rechtsgerichteten israelischen Regierung unter Netanjahu und der israelischen Lobby in den USA zu scheitern. Der Siedlungsbau – vor allem auch im Ostteil Jerusalems – geht nach wie vor unvermindert weiter. Er lässt palästinensische Hoffnungen, Ost-Jerusalem im Rahmen einer Zweistaaten-Lösung zur künftigen Hauptstadt des neuen Landes Palästina erklären zu können, weiter schwinden.

Im innerpalästinensischen Konflikt zwischen Hamas und Fatah sind die Gräben nach wie vor tief.

Immer wieder gibt es Meldungen über die angeblich bevorstehende Freilassung des von der Hamas 2006 festgenommenen israelischen Soldaten Gilad Schalit, der gegen inhaftierte PalästinenserInnen in israelischen Gefängnissen ausgetauscht werden soll.

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 scheint die Situation verfahrener als vielleicht jemals zuvor.

Um so notwendiger erscheint es uns, diejenigen Kräfte zu stärken, die sich sowohl in Israel und Palästina als auch in Deutschland für einen gerechten Frieden mit zivilen Mitteln im Nahostkonflikt einsetzen. Ihnen gilt unsere Solidarität und unser Engagement.

In Deutschland hat sich im Jahre 2009 ein neuer „Koordinationskreis Palästina Israel – Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden“ gebildet, der sich die Arbeit für eine gerechte Nahost-Friedenslösung zum Ziel gesetzt hat. (www.kopi-endederbesatzung.de/)

Das besondere Kennzeichen dieses Dossiers besteht darin, dass es in einem langen Diskussions- und Konsensprozess entstanden ist, an dem sich zahlreiche Personen aus dem Bereich der Kooperation für den Frieden beteiligt haben.

Andreas Buro, Clemens Ronnefeldt (Autoren) und Susanne Grabenhorst, Kooperation für den Frieden

Elemente der aktuellen Konfliktsituation

Ende 2007 sind es vor allem die folgenden Elemente, welche die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt charakterisieren:

1. Die 2003 beschlossene „Road Map for Peace“ hat nicht zu einer friedlichen Lösung geführt. Israel baut ungeachtet vielseitiger Proteste eine Mauer bzw. Zaunanlage zur Abgrenzung vom Westjordanland, die zum großen Teil auf palästinensischem Gebiet verlaufen und tief in dieses einschneiden.
2. Das Bestreben der israelischen Regierung, sich mittels ihrer systematischen Siedlungspolitik Teile des palästinensischen Gebietes anzueignen, sowie die demütigenden Bedingungen für die Palästinenser/innen führen immer wieder zur Eskalation der Gewalt von beiden Seiten. Dadurch werden auf beiden Seiten die radikalsten Kräfte mobilisiert.
3. Die Wahlen in Palästina 2006 haben zu einer Niederlage der Fatah und zu einer parlamentarischen Mehrheit der Hamas geführt. Israel, die USA und die EU haben jedoch das Wahlergebnis und eine Hamas-Regierung nicht akzeptiert. Ihre Forderungen, das Existenzrecht Israels ohne definierte Grenzen und die bisher mit ihm geschlossenen Verträge anzuerkennen, sowie grundsätzlich auf den bewaffneten Kampf zu verzichten, wurden von der Hamas nicht angenommen, zumal die USA und die EU Israel keineswegs parallel dazu aufforderten, auf Gewalt zu verzichten, bestehende Verträge einzuhalten und einen palästinensischen Staat anzuerkennen
4. Der Libanon-Krieg im Sommer 2006 führte in drastischer und tödlicher Weise die große Gewaltbereitschaft in diesem Konflikt vor Augen. Israel konnte trotz militärischer Überlegenheit und großen Zerstörungen im Libanon die dortige Hisbollah nicht zerschlagen. Der Krieg zeigte erneut, wie sehr der israelisch-palästinensische Konflikt in einen regionalen Konflikt eingebettet ist, in dem Iran, Syrien, Irak und andere Nachbarstaaten eine wichtige Rolle spielen.
5. Die arabischen Staaten unter Führung von Saudi-Arabien haben ihr Angebot von 2002 erneuert, Israel in den Grenzen von 1967 anzuerkennen, wenn dieses die Besetzung beendet. Bislang ist noch immer nicht endgültig geklärt, ob Israel bereit ist, sich auf dieses Angebot in ernsthaften Verhandlungen einzulassen.
6. Der „Westen“ unterstützt einseitig Präsident Abbas von der Fatah mit Finanzen und Rüstungsgütern, was von der Hamas vermutlich als eine Vorbereitung zum innerpalästinensischen Bürgerkrieg verstanden wurde.
7. Eine von Saudi-Arabien im März 2007 vermittelte Einigung zwischen Hamas und Fatah sollte zu einer Reform der PLO führen, damit Hamas ihr beitreten konnte, und eine Einheitsregierung ermöglichen. Letztere zerbrach sehr bald, da der Westen seine Sanktionen aufrecht erhielt. Präsident Abbas entließ die von Hamas geführte Einheitsregierung und setzte eine Notstands-Regierung ein.
8. Daraufhin riss die Hamas im Juni 2007 in einem Gewaltstreich die Herrschaft im

Gaza-Streifen an sich, aus dem Israel seine Siedler und sein Militär abgezogen hatte, und bewirkte damit eine de facto Zweiteilung der palästinensischen Territorien. Die Palästinenser sind weiter denn je davon entfernt, mit einer Stimme zu sprechen.

9. Israel hat im September 2007 den Gazastreifen zum „Feindesland" erklärt. Der Gazastreifen, ein Stück Land von 10 x 40 km mit 1,5 Millionen Menschen ist vollständig von Israel abhängig. Einschränkungen der Versorgung der Bevölkerung und Angriffe des israelischen Militärs führen zu Destabilisierung und zu Raketenbeschuss auf israelische Zivilisten. Verfeindung wird so verstärkt. Ein Aktionsplan der EU zum Ausbau der Wirtschaft soll sich zunächst nur auf das Westjordanland beziehen. Die Strategie und die Einflußmöglichkeiten des jüngst zum Sondervermittler des Nahostquartetts ernannten ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair werden sich anscheinend auf solche Themen richten.
10. Angesichts der Parteienkämpfe in Israel ist kaum mit einer Regierungspolitik zu rechnen, die weitreichende Entscheidungen trifft. Premierminister Olmert kündigte gegenüber der israelischen Opposition an, dass es eine Einigung über eine endgültige Lösung „in den kommenden 20 bis 30 Jahren" nicht geben würde (TAZ, 25.9.2007).
11. Sollte die US-Regierung und möglicherweise auch Israel den Iran angreifen, so sänken die Chancen für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts noch weiter.
12. In der UN gibt es Überlegungen, aus dem Nahost-Quartett auszusteigen, da dieses nichts gegen die Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße erreicht hat.
13. Im November 2007 fand auf Einladung der USA in Annapolis eine Nahost-Konferenz statt, an der die meisten arabischen Staaten, darunter auch Syrien, teilnahmen. Israelis und Palästinenser haben sich dort auf eine Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen im Dezember 2007

geeinigt, die bis Ende 2008 zu einem Friedensabkommen über eine Zwei-Staaten-Lösung führen sollen. Inhaltliche Vorgaben zu den zentralen Konfliktthemen wurden nicht getroffen. Angesichts der vielen nicht eingehaltenen historischen Friedenstermine, wie auch angesichts der Schwäche der israelischen Regierung, des Auslaufens der US-Präsidentschaft und der Zerstrittenheit der Palästinenser werden keine hohen Erwartungen an die Vereinbarungen geknüpft. Die Vermutung besteht, dass es der US-Administration vielmehr darum geht, die sunnitischen Araber gegen die schiitischen, sprich vor allem gegen Teheran, zusammenzuschließen.

14. In Israel wie in Palästina, aber auch in vielen Ländern außerhalb gibt es Stimmen und zahlreiche Bemühungen für eine Politik der Verständigung und der Aussöhnung. Sie gehen zumeist von der Einsicht aus, dass dieser Konflikt militärisch nicht zu lösen ist. Im Vergleich mit den herrschenden politischen Kräften und unter Berücksichtigung der Verfeindung durch Jahrzehnte gegenseitiger Gewalt sind diese Kräfte allerdings nicht sehr stark.

Diese hier stichwortartig aufgezählten Elemente der aktuellen Konfliktsituation zeigen bereits, dass mit einer kurzfristigen Lösung nicht zu rechnen ist.

Was sind die Ängste, Hoffnungen und legitimen Interessen der Akteure?

Was brauchen die Menschen, die direkt betroffen sind?

Die israelische Bevölkerung braucht eine sichere Lebenssituation, in der sie keine Raketenangriffe und Selbstmordattentate zu befürchten hat. Ihre Lebenssituation würde sich erleichtern, wenn nachbarschaftliche Beziehungen zu den umliegenden Staaten hergestellt und eine Kooperation in möglichst vielen Bereichen erreicht würde. Die Minderung der für Rüstung, die Aufrechterhaltung der Besatzung und den Siedlungsbau aufgewandten Kosten würde Investitionen in die weitere Entwicklung des Landes ermöglichen.

Die Palästinenser/innen brauchen bessere Lebensbedingungen in jeder Hinsicht, Sicherheit vor Raketenbeschuss, gezielten Tötungen und willkürlichen Festnahmen durch die israelischen Streitkräfte, Selbstbestimmung und staatliche Unabhängigkeit im Westjordanland, Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen, Rechtssicherheit im öffentlichen Leben und Schutz gegen Enteignungen. Sie wollen sich in ihrem Territorium frei von Kontrollen und Verboten bewegen und ins Ausland reisen können. Sie benötigen Wasser, was gegenwärtig von israelischen Siedlern/innen verbraucht oder ihnen durch Umleitungen vorenthalten wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Ausbildungsstellen, sozialer und medizinischer Versorgung und der Zugang zu einem nicht fremd kontrollierten Ex- und Import sind dringlich.

Beide Seiten wünschen sich, nicht länger von Gewaltakten der jeweils anderen Seite bedroht zu werden.

Was sind legitime Interessen der staatlichen Akteure?

Für Israel sind es die Sicherheit seiner Grenzen von 1967, die Beendigung gewaltsamer Angriffe auf seine Bevölkerung und sein Territorium und die Anerkennung durch arabische und islamische Staaten mit der Folge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Für Palästina ist es ein legitimes Interesse, einen eigenen Staat in den Grenzen von 1967 zu gründen und dessen Souveränität auch in Bezug auf die israelischen Siedlungsgebiete herzustellen. Legitim ist auch das Interesse, von anderen Staaten anerkannt zu werden und mit ihnen diplomatische Beziehungen zu unterhalten, ebenso die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie z.B. den Vereinten Nationen. Legitim ist auch die Schaffung einer freien Verbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen, sowie einer Möglichkeit, den Reiseverkehr und den Außenhandel ohne Kontrolle durch Israel organisieren zu können. Legitim ist auch das Bemühen, eine angemessene Lösung für die Ausübung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu finden, die heute noch in Flüchtlingslagern leben. Es sollte ein internationaler Fonds geschaffen werden, der den Anspruchsberechtigten verschiedene Möglichkeiten für die Wahl eines dauerhaften Aufenthaltsorts eröffnet und individuelle Entschädigungszahlungen sowie kollektive Beihilfen zentral verwaltet.

Was ist wichtig für das internationale Umfeld?

- Eine baldige Beendigung dieses Konflikts, der seit Jahrzehnten eine kooperative Entwicklung der Region behindert und den Gegensatz zwischen der arabischen und islamischen Welt einerseits und dem „Westen“ andererseits ständig angeheizt hat.
- Die Sicherung der Existenz Israels, die einen eigenständigen Staat der Palästinenser und damit eine Normalisierung der Beziehungen zu den arabisch-islamischen Staaten erfordert. Dies ist nur über eine friedliche zivile Lösung zu erreichen, nicht aber durch eine Eskalation der Gewalt, wie es der jüngste Libanon-Krieg erneut gezeigt hat.
- Dass die erheblichen finanziellen Mittel, die in die Region fließen, nicht zur weiteren Aufrüstung und damit zur Destabilisierung der Region verwendet werden, sondern zur Hebung des Lebensstandards der jeweiligen Bevölkerung.

Ziele ziviler Konfliktbearbeitung

Es gilt, die weitreichende Verfeindung ab- und Vertrauen aufzubauen, damit beide Seiten eine gut nachbarschaftliche Beziehung – voraussichtlich in zwei eigenen Staaten – anstreben. Dazu notwendig ist eine Gewaltdeeskalation, so dass die gegenseitigen Gefühle der Bedrohung überwunden werden. Wichtig ist auch der Abbau struktureller Barrieren, die

insbesondere die Palästinenser/innen in ihrem täglichen Leben behindern. Dazu zählen der völkerrechtswidrige Grenzzaun- und Mauerbau tief auf palästinensischem Territorium sowie alle Checkpoints. Zusätzlich zu einem israelisch-palästinensischen Dialog ist die Bearbeitung der Feindbilder innerhalb der jeweiligen Gesellschaften notwendig.

Ziel ziviler Konfliktbearbeitung ist auch die Neugestaltung des Verhaltens der äußeren Akteure, die mit eigenen Interessen und Verhaltensweisen in der Regel nicht zu einer Lösung des Konflikts beigetragen, ja ihn oftmals verschärft haben. Dies gilt sowohl für das so genannte Nahost-Quartett, bestehend aus USA, EU, Russland und den UN, wie auch für arabische Akteure und den Iran.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es unzureichend, einen ergebnisoffenen Prozess einleiten zu wollen. Deshalb sollte parallel zu Vertrauen bildenden Maßnahmen das Ziel der Konfliktlösung konkret definiert werden, und zwar ohne dass dabei Vorbehalte von der einen oder anderen Seite gemacht werden. Etwaige störende Ereignisse dürfen somit nicht als Legitimation für die Aufgabe des Zieles dienen.

Alle an konstruktiven Fortschritten Interessierten sollten nach ihren jeweiligen Möglichkeiten auf die Konfliktbeteiligten einwirken und gezielte Anforderungen an deren Beitrag stellen:

An die israelische Politik und Gesellschaft

1. Israel möge sich grundsätzlich mit der Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates in Westbank einschließlich Ostjerusalems und Gaza einverstanden erklären. Die Einzelheiten der Schritte zur Beendung der Besatzung müssen in verbindlichen Vereinbarungen festgeschrieben werden, wobei Änderungen des Grenzverlaufs gegenüber der „Grünen Linie“ der Zustimmung beider Konfliktparteien bedürfen. Israel hebt alle Beschränkungen gegenüber dem Gaza-Streifen auf und deklariert es nicht mehr als Feindesland.
2. Israel möge alle Siedlungs- und Bauvorhaben in den palästinensischen Gebieten sowie alle Besatzungsmaßnahmen, die mit Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte einhergehen, definitiv einstellen.
3. Da in einer Übergangsphase mit Gewaltakten von Gruppierungen, die außerhalb der Kontrolle staatlicher Institutionen stehen, zu rechnen ist, ist die Bildung eines ständigen paritätisch besetzten israelisch-palästinensischen Krisen-Komitees hilfreich. Die Aufgabe dieses Krisen-Komitees wäre es, jegliche Eskalation von Gewalt und Gegengewalt zu verhindern, so dass daraus keine Störungen des Aussöhnungsprozesses entstehen. Israel verzichtet auf jeden rechtswidrigen Einsatz seines Militärs in den besetzten Gebieten.
4. Israel anerkennt prinzipiell das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge und erklärt sich bereit, im Rahmen der Vereinbarungen zur Schaffung eines internationalen Fonds einem Kontingent die Einbürgerung zu ermöglichen und den Fonds in angemessener Weise finanziell zu unterstützen.
5. Israel möge seine Kontrollpunkte (checkpoints) im Westjordanland auf Null reduzieren und den Palästinensern Bewe-

gungsfreiheit auf dem gesamten Straßensystem in den besetzten Gebieten ermöglichen.

6. Israel möge die Zuständigkeiten der palästinensischen Autonomiebehörde erweitern. Es zahlt alle zurückgehaltenen Gelder aus, die Palästinenser/innen zustehen.
7. Wenn Israel weiterhin eine Mauer oder Grenzzaunanlage für nötig hält, müssen diese auf dem eigenen Gebiet errichtet werden, gemäß dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 9. 7. 2004.
8. Zum Abbau von Feindbildern gegenüber den Palästinensern/innen ist ein innergesellschaftlicher, historischer Aufarbeitungsprozess des gegenseitigen Verhältnisses durch Veröffentlichungen, öffentliche Dialoge und Seminare mit langfristiger Perspektive einzuleiten.
9. Israel soll seine Bereitschaft erklären, in Verhandlungen über den saudi-arabischen Vorschlag von 2002, der 2006 erneuert wurde, einzutreten. Dieser Vorschlag sieht als Grundlage eine Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten vor, wenn Israel die Bildung eines Staates Palästina in Gaza und Westbank mit Ostjerusalem in den Grenzen von 1967 zulassen würde.
10. Die politischen Gefangenen sollen entlassen werden, beginnend mit Ministern und Abgeordneten, so genannten „Verwaltungsgefangenen", denen keine Straftat nachzuweisen ist, sowie zahlreichen Minderjährigen und Frauen, um damit die Verständigungsbereitschaft Israels auszudrücken.
11. Israel soll Syrien und Libanon Gespräche mit der Bereitschaft zu Verhandlungen über die von ihm besetzten Golanhöhen und die Shebaa-Farmen im Dreiländereck Libanon-Syrien-Israel anbieten. Nach einer Räumung der Siedlungen könnte auf den Golanhöhen eine israelische Frühwarnstation verbleiben, die syrische Regierung könnte Israel eine Wassermengen-Garantie aus dem See Genezareth geben. Das umstrittene Ostufer des Sees Genezareth könnte ein binationales syrisch-israelisches Naturschutzgebiet werden.
12. Von der israelischen Regierung ist zu fordern, dass sie förmlich erklärt, sie werde nicht als erste Atomwaffen einsetzen. In die Verfassung soll ein Verbot von Angriffskriegen aufgenommen werden. Israel tritt der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien bei und unterwirft sich der UN-Kontrolle, die auch die atomare Abrüstung vorsieht. Das Ziel dieser Schritte ist Vertrauenbildung in der Region.
13. Die israelische Regierung möge ihre Bereitschaft erklären, sich an einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten" gleichberechtigt zu beteiligen.

An die palästinensische Politik und Gesellschaft

1. Für beide Teile der palästinensischen Gebiete (Westbank und Gaza) sollte eine gemeinsame Regierung der Nationalen Einheit gebildet werden, die auch auf eine angemessene Verteilung der Ämter zwischen Hamas und Fatah achtet. Bewaffnete Gruppen werden aufgelöst und – wo möglich – in reguläre Sicherheitsinstitu-

tionen integriert, um Angriffe auf israelischen Zivilisten unter Verletzung der Grundsätze des humanitären Völkerrechts zu verhindern.

2. Die Regierung möge als Ziel ihrer Politik erneut erklären, einen souveränen palästinensischen Staat in Gaza, Westbank und Ostjerusalem zu schaffen, wobei Änderungen des Grenzverlaufs gegenüber der „Grünen Linie“ der Zustimmung beider Parteien bedürfen. Damit bestätigt sie gleichzeitig eine Zwei-Staaten-Lösung und erkennt die Grenzen Israels von vor 1967 an.
3. Die palästinensische Regierung und ihr Präsident drängen auf möglichst zügige Verhandlungen über die Bildung eines palästinensischen Staates, orientiert an der Grenze von 1967. Dabei müssen auch die Fragen des Status von Ost-Jerusalem, der jüdischen Siedlungen und der palästinensischen Flüchtlinge definitiv geklärt werden.
4. Die Regierung unterstützt die Schaffung eines internationalen Fonds für die Flüchtlinge. Als mögliche Optionen sollen den Anspruchsberechtigten offen stehen: Die Einwanderung in den palästinensischen Staat, nach Israel oder in Drittstaaten im Rahmen von Kontingentlösungen sowie der Verbleib im derzeitigen Aufnahmeland.
5. Zur Überwindung der politischen Spaltung zwischen Hamas und Fatah mögen Präsident Abbas und seine Regierung Neuwahlen ausschreiben mit der ausdrücklichen Vereinbarung, dass Hamas auch in der Westbank kandidieren kann und dass die Wahlergebnisse nicht von der Fatah in Frage gestellt werden, und zwar unabhängig von dem Verhalten des „Nahost-Quartetts“ gegenüber dem Sieger der Wahl. In diesem Zusammenhang ist der Wunsch nach einer innerpalästinensischen Vertrauensbildung, Kooperation und Einheitsregierung zu wiederholen.
6. Hamas möge zur Vertrauensbildung sich für eine Freilassung des gekidnappten israelischen Soldaten Gilad Schalit einsetzen und die Hisbollah im Libanon auffordern, ebenfalls die beiden im Jahre 2006 gekidnappten israelischen Soldaten Ehud Goldwasser und Eldad Regev ohne Bedingungen freizulassen. Die dadurch angestrebte Vertrauensbildung soll dazu dienen“ die unwirksame gewalttätige Auseinandersetzung durch Deeskalation auf eine politische Ebene der Konfliktbearbeitung zu heben.
7. Fatah wie auch Hamas sollen grundsätzlich auf die Bedrohung Israels mit Raketen und Selbstmordattentaten verzichten und alles ihnen Mögliche zu deren Unterbindung unternehmen. Dabei geht es darum, die eskalationsträchtige ständige Rache für Angriffe der jeweils anderen Seite zu unterlassen und sich einem zivilen Konfliktaustrag zuzuwenden. Dies würde auch die internationale Unterstützung sehr erleichtern.
8. In diesem Sinne erklären beide Organisationen ihre Bereitschaft, gemeinsam mit Israel in einem Krisen-Komitee zusammenzuarbeiten. Dieses soll verhindern, dass doch noch vorkommende gewaltsame Zwischenfälle zu einer erneuten Gewalteskalation führen.
9. Die jetzige und eine mögliche nächste Regierung erklären ihre Bereitschaft, sich einer „Konferenz für Sicherheit und Zu-

sammenarbeit im Nahen- und Mittleren Osten“ anzuschließen.

10. Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft sollten einen innergesellschaftlichen Dialog zu den unterschiedlichen Politiken von Fatah und Hamas initiieren. Das Ziel ist, mehr Verständnis für die jeweiligen Motive zu gewinnen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.
11. In diesem Zusammenhang gilt es, auch eine Aufarbeitung des Konflikts zwischen Israel, den arabischen Staaten und Palästina zu betreiben, in denen das gewaltträchtige Verhalten aller Seiten kritisch zu analysieren ist. Dabei sollten auch Dialoge auf gesellschaftlicher Ebene mit israelischen Gruppen ausgeweitet werden.

An die US-Regierung

1. Die US-Regierung ist von möglichst vielen Seiten aufzufordern, ihre einseitige Begünstigung der Okkupationspolitik Israels, wie auch ihre Veto-Politik im Sicherheitsrat in diesem Zusammenhang, zugunsten einer schnellen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung aufzugeben. Dies nicht nur aus Gründen einer regionalen Beruhigung der Konflikte, sondern auch deshalb, weil die dauerhafte Sicherheit Israels damit verbunden ist. Andauernden Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte muß jede Anerkennung, Beihilfe oder Unterstützung verweigert werden.
2. Washington ist aufzufordern, jede aus Wahlen hervorgegangene Regierung in Palästina anzuerkennen und keine Sanktionen gegen sie zu verhängen.
3. Die US-Regierung soll nachhaltig das Friedensangebot von 2002 des saudischen Kronprinzen Abdullah im Namen von 22 arabischen Staaten und seine Aktualisierung 2006 unterstützen und Israel dazu drängen, dieses Angebot in Verhandlungen aufzugreifen.
4. Die US-Regierung soll sich für eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ einsetzen. Dabei soll sie einen Ausgleich der Interessen durch Dialog auf diplomatischem Wege in dieser gegenwärtig spannungsreichen Situation fördern.
5. Die US-Regierung ist aufzufordern, als Vertrauen bildende Maßnahme ihre Flugzeugträger aus der Golfregion zurückzuziehen und jegliche Bedrohungsrhetorik zu unterlassen.
6. Die US-Regierung soll sich für einen „Marshall-Plan“ in der Nahost-Region einsetzen und eine großzügige eigene Beteiligung in Aussicht stellen. Diese Mittel sollen dem Aufbau von Infrastrukturen im weitesten Sinne dienen, aber auch dazu, eine Umsiedlung von israelischen Siedlern aus dem Westjordanland zu unterstützen.
7. Die US-Regierung erklärt sich bereit, im Rahmen eines internationalen Fonds ein Kontingent von Palästinensern/innen aus den Flüchtlingslagern aufzunehmen und den Fonds zu unterstützen.
8. Libanon, Syrien und Jordanien wird eine Beteiligung an dem „Marshall-Plan“ in Aussicht gestellt, wenn diese Staaten die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen, wie sie auch von der Friedensinitiative der Arabischen Liga vorgeschlagen wird.

9. Die US-Regierung sollte die übrigen Mitglieder des so genannten Nahost-Quartetts, aber auch andere Staaten auffordern, sich an dem „Marshall-Plan“ durch eigene Beiträge zu beteiligen.
10. Von den USA ist dringend zu fordern – das gilt in gleicher Weise für Republikaner wie Demokraten – die angekündigten gigantischen Rüstungslieferungen für den Nahen und Mittleren Osten zu widerrufen und den Aufbau neuer Konfrontationslinien zwischen sunnitischen und schiitischen Kräften und Staaten zu unterlassen.

Exkurs: Was hat die deutsche Regierungspolitik mit dem Konflikt zu tun?

Die Europäische Union kann sich aus dem Israel-Palästina-Konflikt nicht heraus halten. Die folgenreiche Geschichte der christlich-europäischen Judenpogrome, aber auch der englischen und französischen Kolonialpolitik verpflichten. Insbesondere Deutschland hat angesichts der Shoa mit der „Endlösung der Judenfrage“ im sogenannten „Dritten Reich“ eine schwerwiegende Verantwortung für Israel übernommen und in vielfacher Hinsicht zur Entwicklung eines Staates beigetragen, in dem sich die jüdische Bevölkerung sicher fühlen sollte.

Aber diese Sicherheit stand von Anfang an auf tönernen Füßen, insofern die palästinensische Bevölkerung sich dagegen wehrte, ungefragt zur Schachfigur von internationalen Interessen zu werden. Seitdem gab es in Kriegen und täglichen Kämpfen unzählige Opfer auf beiden Seiten. Israelische Sicherheit ist jedoch nur durch Verhandlungen mit Nachbarn und durch die Lösungen der Streitfragen, nicht aber durch militärische Überlegenheit und Abschreckung möglich.

Das Eintreten für das Existenzrecht des Staates Israel darf und muss nicht zu Lasten eines zu gründenden, überlebensfähigen Staates Palästina gehen.

Aufgrund der deutschen Geschichte gibt es eine starke Zurückhaltung, israelische Regierungspolitik zu kritisieren, wenn man diese für friedensgefährdend hält. In einem Aufsehen erregenden „Manifest der 25“ mit dem Titel „Freundschaft und Kritik“ haben deutsche Friedensforscher/innen im Herbst 2006 dafür plädiert, zwischen Deutschland und Israel *„eine belastungsfähige Freundschaft zu entwickeln, in der auch Kritik in unterstützender, nicht abwertender Absicht ihren Platz hat“*. Auch sei im israelisch-palästinensischen Konflikt *„das Leiden wie das Unrecht (die Gewaltsamkeit der Konfliktaustragung) auf beiden Seiten wahrzunehmen und die Bedürfnisse nach Sicherheit, Menschenwürde und Vertragstreue auf beiden Seiten anzuerkennen“* (archiviert u.a. bei www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/manifest.html).

Eine Konsequenz aus der deutschen Geschichte sollte sein, mit den universalen Menschenrechten als Richtschnur für zivile Konfliktlösungen, Verständigung und Kooperation in Nahost einzutreten. Denn es gilt zu lernen, dass offene, aber auch strukturelle Gewalt immer wieder zu Unterdrückung, Hass und im schlimmsten Fall zu Massenmorden führen.

Anforderungen an die EU und an Deutschland

1. Die Europäische Union nutzt die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zur Förderung einer Zwei-Staaten-Lösung. Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte ist jede Anerkennung, Beihilfe oder Unterstützung zu verweigern.
2. Die Umsetzung des ENP-Aktionsplans mit der Palästinensischen Behörde sollte durch zusätzliche Soforthilfe für die palästinensische Bevölkerung starten. Bei der Umsetzung von humanitärer Hilfe sollte deutlich vom Staat Israel verlangt werden, dass er den Verantwortlichkeiten nachkommt, welche er als Besatzungsmacht mit effektiver Kontrolle für die Zivilbevölkerung von West Bank und Gazastreifen hat. Diese betreffen vor allem den Zugang zum und aus dem Gazastreifen sowie die Bewegungsfreiheit innerhalb der West Bank einschließlich Ost-Jerusalems.
3. Die EU setzt sich als Teil des sogenannten Nahost-Quartetts für konkrete Ziele und Schritte zur Bildung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 ein.
4. Die EU-Staaten erklären sich bereit, im Rahmen der Vereinbarungen zur Schaffung eines internationalen Fonds Kontingenten von palästinensischen Flüchtlingen die Einbürgerung zu ermöglichen und den Fonds nach Kräften finanziell zu unterstützen.
5. Rüstungslieferungen nach Nahost sind zu stoppen, um die anlaufenden Verhandlungen über eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ nicht mit neuer Aufrüstung zu belasten. Dazu zählen insbesondere atomar umrüstbare U-Boote und Dingo-Truppenpanzer aus Deutschland.
6. EU-Beauftragte sollten im Nahen und Mittleren Osten über die Prozeduren und Erfahrungen aus den Verhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später OSZE) informieren und ihre guten Dienste für die Vorbereitung einer KSZNMO (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten) anbieten.

An die iranische Führung

1. Die iranische Führung möge ihre Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt in den Grenzen von 1967 erklären.
2. Die iranische Regierung ist aufzufordern, ihre grundsätzliche Bereitschaft zu erklären, sich an einer KSZNMO ohne Vorbedingungen zu beteiligen.
3. Zum Zeichen seiner Kooperationsbereitschaft möge Teheran, entsprechend seiner immer wieder erklärten Absicht der friedlichen Nutzung von Atomenergie, der Internationalen Atomenerige Organisation (IAEO) alle ihr zustehenden Kontrollrechte gewähren. Abgebaute Überwachungskameras werden wieder installiert, unangemeldete Kontrollen nach dem Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrages zugelassen.

An die Regierung Syriens

1. Sie möge jegliche militärische Unterstützung für den gewaltsamen Kampf im Nahost-Konflikt einstellen.

2. Sie möge ihre guten Dienste zur Vermittlung im Streit zwischen Hamas und Fatah anbieten und nutzen.
3. Sie möge Israel erneut Verhandlungen über die Rückgabe und Nutzung der von Israel besetzten syrischen Gebiete vorschlagen.

An alle arabischen Staaten der Region

1. Sie mögen hartnäckig an ihrem Vorschlag festhalten, Israel anzuerkennen, sobald es einen souveränen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zulässt und ermöglicht.
2. Sie mögen ihre Bereitschaft erklären, sich an einer KSZNMO zu beteiligen und Initiativen in diesem Sinne ergreifen.

Handlungsoptionen für Friedensbewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und zivil-gesellschaftliche Initiativen

Vorbemerkung: Grundlage der Arbeit ist das Existenzrecht beider Völker in gesicherten Grenzen und der Einspruch gegen jede Gewaltpolitik – von welcher Seite auch immer. In beiden Ländern gibt es friedens- und aussöhnungsbereite Teile der Gesellschaft – das „andere Israel“ und das „andere Palästina“, die für zivilgesellschaftliche Initiativen die wichtigsten Adressaten sind.

1. Die hier vorgelegten Anforderungen an die Akteure des Konflikts (s.o.) sollten bei Veranstaltungen und Kampagnen zum Thema gemacht werden. In ihrer Gesamtheit ergeben sie ein Konzept der zivilen Bearbeitung dieses Konflikts. Ihre wichtigsten Elemente bestehen aus einseitigen friedenspolitischen Schritten, Vertrauen bildenden Maßnahmen, Dialogbereitschaft, Nicht-Bedrohung der anderen Seite und grundsätzlichem Gewaltverzicht.
2. Die aufgrund der Annapolis-Konferenz beginnenden Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina bedürfen der kritischen Begleitung, damit – wie früher geschehen – falsche Schuldzuweisungen für Verzögerungen an die palästinensische Seite in der Öffentlichkeit korrigiert werden können.
3. Gegenwärtig wird als Teil einer ideologischen Kriegsführung allzu oft Verantwortung und Schuld für den Konflikt einseitig den Palästinensern angelastet. Das ist angesichts der gewaltförmigen Elemente des israelischen Besatzungsregimes hoch problematisch. Im israelisch-palästinensischen Konflikt stehen sich eine Bevölkerung unter Besatzung und ein militärisch hochgerüsteter Staat gegenüber. Israel hat als Besatzungsmacht für Schutz und Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Seine Politik ist allerdings von systematischen Völkerrechtsbrüchen und Menschenrechtsverstößen gekennzeichnet. Die Erfahrung von Schutz- und Rechtlosigkeit schafft ein Mobilisierungspotential für politische Gewalt in Teilen der palästinensischen Bevölkerung. Auf beiden Seiten lassen sich daher Elemente der Ge-

walteskalation benennen, die die Zivilbevölkerung der anderen Seite nicht schonen. Die bewusste Inkaufnahme ziviler Opfer mit dem Ziel, unter der Bevölkerung Schrecken hervorzurufen, kennzeichnet terroristische Gewalt. Für diese rechtswidrige Form politischer Gewaltanwendung darf es keine Rechtfertigung geben – weder sicherheitspolitische noch religiöse. Nur mit einem entsprechenden Gewaltverzicht auf beiden Seiten sind weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

4. In der öffentlichen Darstellung des Konfliktes kommen das „andere Israel" und das „andere Palästina" kaum zu Wort. Sie aber repräsentieren in hohem Maße die Kräfte, die für Verständigung und friedliche Konfliktlösung eintreten. Sie sind die wichtigen Ansprechpartner. Ihre Aussagen sollten deshalb möglichst weit in unserer Gesellschaft verbreitet werden. Dies kann am besten geschehen, indem die wichtigen Stellungnahmen der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung in Deutschland bekannt gemacht werden. Das sollte arbeitsteilig oder bei einer von verschiedenen Friedensgruppen finanzierten Informationsstelle gesichtet, gewichtet, übersetzt und verbreitet werden.
5. Auch zwischen Menschen und Gruppen des „anderen Palästina" und des „anderen Israel" sind der Dialog und die Überwindung von Barrieren nach so viel gegenseitig zugefügtem Leid oft sehr schwierig. Vermittlung von außen ist dafür hilfreich. Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" betreibt beispielsweise im Rahmen der Aktion „Ferien vom Krieg" diese komplizierte Arbeit mit jährlich über 200 jungen Leuten aus Israel und Palästina in Dialog-Seminaren. Der „Internationale Versöhnungsbund" lädt VertreterInnen beider Seiten zu Vortragsreisen in Europa ein, unterstützt die palästinensische „Bücherei auf Rädern" mit gewaltfreier Literatur für die besetzten Gebiete sowie das israelische Komitee gegen die Zerstörung von Häusern *(s. auch Anhang 3)*. Diese und viele andere ähnliche Aktivitäten gilt es, qualitativ und quantitativ auszuweiten.
6. Die verarmte palästinensische Bevölkerung muss auch aus friedenspolitischen Gründen spüren, dass Erfolge auf friedlichem Wege zu erreichen sind und die Welt „draußen" sie nicht vergessen hat. Zivilgesellschaftliche Gruppen sollten deshalb für die Unterstützung humanitärer Hilfsfonds, die im Westjordanland und im Gaza-Streifen arbeiten, werben. „Medico International" betreibt z.B. einen solchen Fonds. Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" hat 2002 Ferienspiele für 50 Kinder finanziert. 2003 waren es bereits 200 Kinder aus Bethlehem, Nablus und Jenin. Inzwischen haben Hunderte von Kindern aus dem Flüchtlingslager Deheisha, dem von der Mauer rundum eingeschlossenen Qalqilia und den ständig weiter vertriebenen Beduinen aus der Negev-Wüste bei Ferienspielen ein paar unbeschwerte Wochen verlebt. Hier liegt ein großes und vielfältiges Aufgabengebiet für Friedensarbeit von unten vor.
7. Friedensbewegung und Nichtregierungsorganisationen drängen in der Öffentlichkeit ständig darauf, dass der Weg zu

einer friedlichen Lösung des Konflikts beschritten wird. Dabei sollten sie verstärkt versuchen, gemeinsam mit verwandten Gruppen aus Israel, Palästina und islamischen und arabischen Ländern Stellungnahmen und Appelle zu formulieren. Eine Vernetzung der Gruppen aus der Friedensbewegung national und international, die sich für eine zivile Lösung in der Nahost-Region einsetzen, sowie die Bildung von Partnerschaften könnte hierbei hilfreich sein.

8. Friedenskonferenzen in Israel und/oder in Palästina auf der Grundlage der hier angezeigten Forderungen mit internationaler Präsenz könnten die friedenspolitische Opposition in beiden Ländern stärken und die Dringlichkeit der zivilen Bearbeitung des Konflikts in das Blickfeld rücken.
9. Um die vielfältigen Friedensaktivitäten zu diesem Konflikt in Zusammenhang zu bringen, sollte in Deutschland eine Kampagne etwa unter der Forderung „Sicherheit und Gerechtigkeit für Israel und Palästina – jetzt!“ aufgebaut werden. Vielleicht könnte der bereits bestehende Zusammenschluss „Weg mit der Mauer in Palästina!“ dafür einen Nukleus bilden, falls eine Einigung auf Grundsätze der zivilen Konfliktbearbeitung möglich ist.
10. Ein aktuelles Thema einer solchen Kampagne sollte die gegenwärtige Isolierung des Gaza-Streifens sein. Hierdurch werden die Menschenrechte der dort lebenden Palästinenser schwer verletzt. Verantwortlich hierfür sind, neben Israel, die EU und die USA. Ihre Politik erzeugt Hass und ist friedenspolitisch unverantwortlich. Eine israelisch-palästinensische Kampagne hierzu ist bereits in Vorbereitung („Break the Siege on Gaza“).
11. Ein weiteres aktuelles Thema ist der Mauer- und Grenzzaunbau, den Israel nach wie vor weitgehend auf palästinensischem Boden errichtet und der vor allem der illegalen Landnahme durch die Besatzungsmacht dient. Hier sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, die einer Friedenslösung im Wege stehen werden.

Eine zivile Lösung dieses Konflikts wäre überregional bedeutsam

Würden die hier genannten Forderungen aufgegriffen, könnten das tiefe Mißtrauen und die gegenseitigen Feindbilder abgebaut werden. Gegenseitige Nicht-Bedrohung und wachsende Kooperation könnten die Lebensbedingungen der Menschen diesseits und jenseits der Mauer so erleichtern, dass daraus eine den Frieden fördernde Dynamik erwüchse.

Davon könnten auch die benachbarten Länder Nutzen ziehen, die gegenwärtig einen großen Teil ihrer erwirtschafteten Mittel in „Feindschaftsarbeit“ vergeuden. Es ist gut vorstellbar, dass der Wille zu einer zivilen Lösung des Israel-Palästina-Problems zum Anstoß für eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen- und Mittleren Osten“ wird. Dann würde endlich nicht mehr gegeneinander gekämpft, sondern miteinander über die Probleme der ganzen Region gesprochen werden.

Anhang I

Kurze Anmerkungen zu den historischen Grundstrukturen des israelisch-palästinensischen Konflikts

Im dritten Jahrtausend vor Christus wanderten Kananäer in das heutige israelische und palästinensische Gebiet ein, die dem Land den Namen Kanaan gaben. Im zweiten Jahrtausend vor Christus folgten die Hebräer, die in der Bibel als „Israeliten" bezeichnet werden. In der Zeit um 1200 vor Christus kamen aus der Ägäis seefahrende Philister in das Land, die dem Land den Namen „Palästina" gaben. Juden lebten dort bis zur Zerstörung des jüdischen Staates durch die Römer 70 nach Christus, der eine große jüdische Auswanderungswelle folgte. Auch nach dem Jahre 70 lebten Juden als Minderheit ununterbrochen bis heute in Palästina.

Die vielen furchtbaren Juden-Pogrome insbesondere in Europa, nicht zuletzt unter christlichem Vorzeichen und auch unter dem Einfluss des Nationalismus in Europa, ließen am Ende des 19. Jahrhunderts den zionistischen Gedanken einer Nationalstaatsgründung in Palästina aufkommen. Für ein jüdisches Heimatrecht in Palästina wurden religiöse Begründungen und historische Mythen herangezogen.

Das zionistische Vorhaben der Gründung eines Nationalstaates in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fiel in eine Zeit, in der in der ganzen Region um die Befreiung von Fremd- und Kolonialherrschaft (Osmanisches Reich, Großbritannien und Frankreich) gerungen wurde. Eigenständige Nationalstaaten sollten geschaffen werden. Das zionistische Vorhaben wurde von der arabischen Seite als Versuch wahrgenommen, neue Fremdherrschaft zu errichten, und kollidierte mit den eigenen nationalen Ansprüchen. Terrorismus gegenüber der Zivilbevölkerung war auf beiden Seiten in den aufbrechenden Konflikten ein gängiges Kampfmittel.

David Ben Gurion, später der erste Ministerpräsident Israels, bemerkte dazu in einer internen Diskussion: Wir müssen *„unter uns der Wahrheit ins Auge blicken. Politisch nämlich sind wir die Aggressoren, während sie sich selbst verteidigen (...). Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, während wir ankommen und uns hier niederlassen, und aus ihrer Perspektive wollen wir ihnen das Land wegnehmen, noch bevor wir richtig angekommen sind"*. Der Aufstand *„ist aktiver Widerstand seitens der Palästinenser gegen das, was sie als Usurpierung ihrer Heimat durch die Juden betrachten"*.

Die Shoah, die Vernichtung des europäischen Judentums in der Zeit des deutschen Nationalsozialismus, verstärkte die internationale Akzeptanz und Unterstützung der zionistischen Bestrebungen. Nun galt es zusätzlich, den europäischen Juden die Perspektive gesicherter Staatlichkeit und Schutz vor Verfolgung und Ausrottung zu verschaffen. Die zionistische Bewegung erfuhr massive politische und finanzielle Unterstützung durch Juden in aller Welt, besonders aus den USA.

Nach 1945 ergab sich ein grundsätzlicher Wandel. Die alten Imperialmächte Großbritannien und Frankreich verloren schrittweise

ihren dominierenden Einfluss in der Region. Die Siegermächte des 2. Weltkriegs, die USA und die UdSSR, forcierten als eine ihrer letzten gemeinsamen Handlungen die Gründung des Staates Israel. 1947 stimmte die UN-Vollversammlung für eine Teilung Palästinas und die Internationalisierung Jerusalems. 56 % der Fläche Palästinas sollten nun zu Israel gehören, Jerusalem (1 %) unter UNO-Kontrolle „neutral" bleiben. Die Palästinenser wurden nicht gefragt, ob sie mit der Teilung einverstanden waren. Es kam zum ersten von sechs israelisch-arabischen Kriegen, die alle von Israel gewonnen wurden. In diesem ersten Krieg annektierte der am 14. Mai 1948 von Ben Gurion ausgerufene Staat weitere Gebiete, so dass er statt 56 % nun 77 % des Landes kontrollierte. Dabei vertrieben israelische Kräfte bzw. flüchteten rund 750.000 Palästinenser aus ihren angestammten Heimatgebieten. Viele der Vertriebenen und ihre Nachfahren leben heute noch in Flüchtlingslagern. In jüngster Zeit versucht eine Gruppe aus der israelischen Opposition (Zochrot), die zerstörten Orte der Vertreibung, der Nakba (arab. Katastrophe), aufzuspüren und daran zu erinnern.

Die anliegenden arabischen Nachbarstaaten traten im Laufe der Geschichte zwar als Interessensvertreter der vertriebenen Palästinenser auf, ihre oft fragliche Unterstützung ist jedoch durch innen- und außenpolitische Interessen widersprüchlich und oft gebrochen.

Die forcierte Einwanderung von Juden aus aller Welt nach Israel förderte die Heterogenität und stärkte fundamentalistisch religiöse Strömungen. Gerade sie fordern ein Groß-Israel im ganzen „Heiligen Land", die Vertreibung der Araber, und eine forcierte Besiedlungspolitik. Dagegen gab es immer auch eine liberale Minderheit, wie Martin Buber sie repräsentierte, die in einem säkularen Staat Israel eine Heimstatt der Juden sah, und die für eine Verständigung mit den Palästinensern plädierte.

Insgesamt wurden sechs Kriege zwischen dem Staat Israel und arabischen Nachbarstaaten geführt. 1948 waren Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und Irak die Aggressoren. Beim Suez-Sinai-Feldzug 1956 waren es die Mächte Großbritannien, Frankreich und Israel. 1967 griff die israelische Armee Ägypten, Syrien und Jordanien an. Im Oktober-Krieg 1973 attackierten Ägypten und Syrien Israel. Den fünften Krieg führte die israelische Regierung 1982 gegen Libanon und Syrien. Im Mai 2000 zogen sich die israelischen Streitkräfte aus dem Süd-Libanon zurück. Auf den sechsten Krieg zwischen Israel und dem Libanon im Jahre 2006 wird unten noch einzugehen sein. Alle beteiligten Staaten waren also zu unterschiedlichen Zeiten Aggressoren und Angegriffene.

Der dritte, der Sechs-Tage- oder Juni-Krieg, führte 1967 zur Besetzung des Westjordanlandes, Ostjerusalems, des Gaza-Streifens, der syrischen Golan-Höhen und der Sinai-Halbinsel. Im Westjordanland, damals zu Jordanien gehörig, gab es kaum Widerstand gegen die Invasion. Der israelische Premier Menachem Begin: *„Im Juni 1967 standen wir erneut vor der Wahl. Die Konzentration ägyptischer Truppen auf dem Sinai beweist nicht, dass Nasser uns wirklich angreifen wollte. Wir müssen uns selbst gegenüber ehrlich sein: Wir entschlossen uns zu dem Angriff."* (Rede vom 8.8.1982, zitiert nach N. Chomsky: Offene Wunde Nahost, Hamburg 2002, S. 41) Michael Ben Jair, Generalstaatsanwalt in der Regierung Rabin, schrieb jüngst: *„... aber der*

siebente Tag des Krieges, der am 12. Juni 1967 anbrach, dauert bis heute an und resultiert aus unserer eigenen Entscheidung. Mit Begeisterung sind wir zu einer Kolonialgesellschaft geworden, die internationale Verträge missachtet, Grund und Boden beschlagnahmt, Siedler aus Israel in die besetzten Gebiete verbringt, Diebstahl begeht und für all das noch irgendwelche Rechtfertigungen findet." (Le Monde diplomatique, Dt. Ausgabe 4/2003, S. 13).

Die UN forderten in ihrer Resolution 242 im November 1967 den israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten und das Recht aller Staaten der Region *„innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden und Freiheit von Drohung und Gewalt zu leben"*. Diese UN-Resolution haben die Regierungen Israels nie befolgt. Einzig die Sinai-Halbinsel wurde nach einem weiteren Krieg (1973) an Ägypten zurückgegeben. Die Besetzung seit 1967 ist die Ausgangssituation für alle heutigen Bemühungen um eine Lösung. Sie ist verbunden mit einer höchst aggressiven und nach internationalem Recht illegalen Besiedlungspolitik, mit illegitimer Landenteignung durch israelische Siedler/innen und der Zerstückelung des palästinensischen Raums. Die israelische Besetzung ist von fast ununterbrochener Gewalt gekennzeichnet. Die palästinensische Seite versteht die israelische Besetzung denn auch als Versuch der Kolonisierung ihres Landes und sieht ihren Widerstand als Kampf um Dekolonisation.

Das westliche und insbesondere US-Interesse am Staat Israel im Ost-West-Konflikt und nach 1989 an der Kontrolle des ölreichen Gebietes bis zum Kaspischen Meer und zum Persischen Golf führte dazu, dass das Regierungshandeln der politischen Klasse in Israel seitens der Westmächte einen Sonderstatus erhielt. Dank des Veto-Rechtes der US-Regierung brauchte die israelische Führung UN-Resolutionen nicht zu befolgen. Sie durfte eine eigene Atommacht aufbauen und modernste B- und C-Waffen anschaffen. Die israelische Armee zählt zu den stärksten der Welt; sie durfte auch potentielle militärische Konkurrenten bekämpfen, um keine arabisch-islamische Regionalmacht in Nahost aufkommen zu lassen.

Aus israelischer Perspektive garantiert die Einbindung in die westlichen geopolitischen Interessen eine Absicherung der Existenz Israels. Nur in diesem Bündnis erscheint die staatliche Integrität des Staates Israels als gesichert – gegenüber einem Lager arabischer Staaten, das zeitweise die Existenz des Staates Israel abgelehnt hatte. Das Exempel für die Einbindung israelischer Machtpolitik in US-amerikanische Geo-Strategie war die israelische Bombardierung des (durch Franzosen) im Bau befindlichen irakischen Kernkraftwerks Osirak 1981.

Der Krieg gegen den Irak von 1991 ist u.a. neben der Befreiung Kuwaits auch aus der Perspektive der Verhinderung einer arabischen Regionalmacht zu bewerten. In diesem Konflikt versuchte Bagdad, die palästinensische Bevölkerung gegen Israel zu mobilisieren. Die Besetzung des Irak 2003 durch die USA und Großbritannien hat diese Konstellation verändert. Nachdem Irak als potentielle Regionalmacht ausgeschaltet wurde, dro-

hen die Regierungen der USA und Israels nun dem Iran – einem weiteren Land mit Regionalmachtanspruch – mit militärischer Intervention, während in Teheran eine antiisraelische Stimmung angeheizt wird.

Die vielfachen Spannungen zwischen der vom „Westen" vorangetriebenen Globalisierung und der islamischen Welt, die keineswegs ein harmonischer Block ist, finden ihren Fokus im israelisch-palästinensischen Konflikt. Das so offensichtliche Unrecht gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und das daraus folgende Elend bieten die ideale Projektionsfläche für antiwestliche Tendenzen in der islamischen Welt. Gleichzeitig erleichtert der Einsatz von Selbstmordanschlägen und Raketenangriffen gegen zivile Ziele dem „Westen", diesen Kampf als terroristisch einzuordnen und damit zu delegitimieren.

Im näheren Umfeld ist der israelisch-palästinensische Konflikt regional eingebunden in den Konflikt zwischen Israel und dem Libanon mit der Hisbollah, sowie mit Syrien und insbesondere dem Iran. Er führte im Juli 2006 zu einem heißen Krieg mit sehr großen Zerstörungen im Libanon aber auch in Israel. Seine naheliegendste Ursache war, dass Israel die gewachsene militärische Stärke der Hisbollah im Süden des Libanons als Bedrohung empfand. Es nahm ein Kidnapping israelischer Soldaten an der Grenze zum Anlass, die Hisbollah und ihr militärisches Potential präventiv zu zerschlagen. Vielleicht kam ein weiteres Motiv hinzu. Israel hat immer wieder verlauten lassen, es würde eine Nuklearmacht Iran nicht dulden. Dieser Drohung sollte durch den Angriff auf die Hisbollah Nachdruck verliehen werden. Eine durch den Iran mit weiterreichenden Raketen bewaffnete Hisbollah könnte Israel noch größere Verletzungen und Schäden zufügen und damit eine gewisse Abschreckungswirkung vor Angriffen auf den Iran erzielen (vgl. M. Massarat: FR, 23. 8. 2006). Israel wollte demnach die Voraussetzungen hierfür mit seinem Angriff auf den Libanon beseitigen. Dies läge ganz auf der Linie der Strategie-Entwicklung der USA für Präventiv-Kriege (Prompt Global Strike-Strategy). Syrien, das die Hisbollah unterstützt, hat noch eine eigene Rechnung mit Israel zu begleichen, das nach wie vor die einst syrischen Golan-Höhen besetzt hält.

Es bestehen also „Ringe des Konflikts". Im Inneren ist es der zwischen Israel und den Palästinensern. Der zweite Ring schließt Libanon, Iran und Syrien mit ein. Der dritte bezieht die arabischen Staaten, einschließlich den amerikanisch-britisch besetzten Irak, ein. Diesem eng verbunden ist der vierte Ring. In diesen sind die USA an erster Stelle, aber auch die EU-Staaten involviert. Das Ganze ergibt ein höchst komplexes Konfliktsystem.

Über lange Zeit und zum Teil bis zur Gegenwart haben arabische Staaten Israel nicht anerkannt. Diese Haltung wurde in den 70er Jahren durch die Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über den Sinai durchbrochen. Ein mühsamer Prozess des Umlernens begann. Immerhin wurde hier exemplarisch deutlich, dass Wege der Verständigung möglich sind. Menachem Begin und Anwar as-Sadat erhielten dafür den Nobelpreis. Die „Palästinensische Befreiungsorganisation" PLO zeigte im Juni 1974 erstmals Bereitschaft, eine teilstaatliche Lösung für einen zukünftigen palästinensischen Staat zu akzeptieren. Im September 1982 beschlossen die arabischen Staatschefs in Fez einen Friedensplan für Nahost. Dieser forderte den Ab-

zug des israelischen Militärs aus den 1967 besetzten Gebieten, die Räumung der jüdischen Siedlungen und die Errichtung eines Palästina-Staates. Für alle Staaten der Region, also auch für den israelischen, sollte es eine internationale Friedensgarantie geben. Diese wichtige arabische Initiative, in der de facto das Existenzrecht des Staates Israels anerkannt wurde, griff Israel jedoch nicht auf.

Die erste Intifada: Im Dezember 1987 begannen die Palästinenser/innen einen weitgehend zivilen Aufstand gegen die israelische Besetzung ihres Landes. Damit erreichten sie die internationale Öffentlichkeit. Am 31. Juli 1988 verzichtete Jordanien auf seinen Souveränitätsanspruch auf das Westjordanland und machte damit den Weg für die PLO frei, im Exil am 15. November 1988 einen Staat Palästina auszurufen. Sie akzeptierte damit die 1948 von den UN beschlossene Teilung Palästinas in einen israelischen und einen palästinensischen Teil. Diese „Unabhängigkeitserklärung" wurde kurz darauf von der UN-Generalversammlung anerkannt. 1996 tilgte der Palästinensische Nationalrat aus seiner Charta die Formel, dass der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung Palästinas sei. (Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2003, S. 577)

Seit den 90er Jahren gab es zwei Ansätze für eine politische Konfliktbewältigung, und zwar jeweils im Zusammenhang mit den Interventionskriegen gegen den Irak 1991 und 2003. In beiden Fällen befürchteten die USA, es könne zu einer breiten Mobilisierung gegen die US-Truppen kommen und Bagdad würde als Ansatzpunkt hierfür die militärische und politische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Besatzungsmacht nutzen.

Der Oslo-Friedensprozess

Nach dem Golfkrieg 1991 ergriff US-Präsident George Bush die Initiative für eine Nahost-Konfliktlösung. In der arabisch-muslimischen Welt waren die doppelten Standards nicht mehr nachvollziehbar, warum das besetzte Kuwait mit der Legitimation einer UN-Resolution nach nur vier Monaten militärisch „befreit" wurde, während die palästinensischen Gebiete trotz etlicher UN-Resolutionen zur Beendigung der israelischen Besetzung seit 1967 weiterhin besetzt blieben.

Der erste Ansatz für eine politische Lösung, der zur Beendigung der ersten Intifada führte, begann mit der Madrider Konferenz am 30. Oktober 1991 und führte schließlich über geheime Parallelverhandlungen am 13. 9. 1993 zu einem von Yitzhak Rabin und Jassir Arafat im Beisein von Bill Clinton in Washington unterzeichneten Prinzipienabkommen (Oslo I). Danach sollte die israelische Regierung schrittweise Territorium und politische Zuständigkeiten an die zu bildende Palästinensische Autorität (PA) übergeben. Die zentralen Fragen nach dem Status Jerusalems, der Zukunft der Siedlungen, der Grenzziehung usw. sollten in „Endstatusverhandlungen" nach einer fünfjährigen Interimsperiode geklärt werden. Nach dem Interimsabkommen (Oslo II) von 1995 sollte dieser Prozess bis 1999 abgeschlossen sein. Während dieser Zeit trieb die israelische Staatsmacht den Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten systematisch weiter voran.

Der palästinensischen Autorität (PA) gelang es in der Interimsperiode durchaus, die Grundstrukturen eines staatlichen Gemeinwesens herzustellen, obwohl ihre Befugnisse

geographisch und rechtlich in hohem Maße eingeschränkt waren. Die PA hatte am Ende der Interimsperiode nur in 10 % des Westjordanlandes und in 60 % des Gaza-Streifens die alleinige Kompetenz für Selbstverwaltung, innere Ordnung und Sicherheit.

Das Massaker des jüdischen Arztes Dr. Baruch Goldstein in der vollbesetzten Ibrahims-Moschee in Hebron 1994, bei dem 29 Palästinenser getötet wurden, brachte den Oslo-Prozess in größte Schwierigkeiten. Die israelische Regierung beugte sich den Drohungen der Siedler/innen und verzichtete auf die Räumung der Siedlung bei Hebron, aus der Baruch Goldstein kam. Das Massaker von Hebron führte zu ersten Selbstmordanschlägen der Hamas, nachdem die Regierung Rabin einem Hamas-Ultimatum zur Evakuierung von vier Siedlungen nicht nachgekommen war.

Nach dem Mord an dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin durch einen israelischen Rechtsextremisten im November 1995, der die Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft hinsichtlich der Bewertung des Friedensprozesses markiert, und während der Regierungszeit des Rabin-Nachfolgers Benjamin Netanyahu stagnierte der vereinbarte Prozess aufgrund israelischer Verzögerungspolitik. Diese Politik konnte sich jedoch auf Ambivalenzen innerhalb und zwischen den palästinensischen Organisationen beziehen. Auch auf dieser Seite war der Oslo-Prozess nicht unumstritten. Auch während dieser Zeit trieb die israelische Staatsmacht den Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten systematisch weiter voran.

Parallel dazu verhandelte der israelische Premier Ehud Barak von der Arbeitspartei – Nachfolger von Benjamin Netanyahu – zunächst mit Syrien. Der US-Nahost-Beauftragte Dennis Ross kommentierte: *„Die Syrer zeigten sich in allen Punkten zu Kompromissen bereit, aber Barak hat sich überhaupt nicht bewegt.“*

Erst im Juli 2000 kam es erneut zu Verhandlungen über Palästina in Camp David, bei denen sich Barak sogar weigerte, Arafat persönlich zu treffen. Angeblich sei Barak – so der Chor der Medien – zu großen Zugeständnissen bereit gewesen. Dies wird jedoch von kritischen Beobachtern bestritten. Auch habe Arafat nie die Rückkehr von drei Millionen Flüchtlingen nach Israel, wie es öffentlich hieß, gefordert. Nur einige Hundert bis Tausende hätten zur Debatte gestanden. Nie sei mehr als 91 % des Westjordanlandes von Israel angeboten worden und auch nicht die volle Souveränität über die arabischen Stadtviertel Jerusalems. (Alle Angaben nach Le Monde Diplomatique, Dt. Ausgabe, 7/2002, S. 18). *„Nicht nur Arafat, sondern auch andere palästinensische Führer sahen in den territorialen Vorstellungen des israelischen Premiers Barak kein akzeptables Friedensangebot“*. Barak versuchte jedoch anschließend – und die westlichen Medien zogen mit – das Scheitern auf Arafat abzuwälzen. In Folgeverhandlungen im ägyptischen Taba wurden in fast allen strittigen Fragen Annäherungen erreicht. Zu diesem Zeitpunkt war der israelische Ministerpräsident bereits weitgehend machtlos – die bevorstehenden Neuwahlen brachten Ariel Scharon an die Regierungsspitze.

Die Enttäuschung in der palästinensischen Öffentlichkeit und die soziale Not der Bevölkerung waren groß. Im Jahre 2000 betrug das Pro-Kopf-Einkommen im Westjordanland 1.500 $ bei 40 % Arbeitslosigkeit; in Israel zum Vergleich: 18.900 $ und 9 %. In

dieser gespannten Situation marschierte Ariel Scharon – über viele Jahre Hauptverantwortlicher für die israelische Besiedlungspolitik – am 28.9.2000 mit einem großen Polizeiaufgebot auf den Ost-Jerusalemer Tempelberg, um vor der für die islamischen Gläubigen äußerst traditionsreichen Al-Aksa-Moschee israelische Ansprüche geltend zu machen. Diese gezielte Provokation, gegen die auch israelische Abgeordnete protestierten, war der Auslöser für die zweite Intifada. Während der Proteste unmittelbar nach dem Tempelbergbesuch des israelischen Ministerpräsidenten wurden viele Palästinenser/innen getötet.

Die Intifada wird von den Medien meist als ein Volksaufstand der palästinensischen Bevölkerung gegen die israelische Regierungspolitik und die anhaltend unzumutbare Situation dargestellt. Das ist sie einerseits auch, andererseits aber ist dieser Protest auch geprägt von politischen Kräften, die ihrerseits erklärtermaßen nicht mit der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts rechneten.

Mit zunehmender Dauer wurde der Aufstand von diesen Kräften stärker gestaltet. Teilweise richtete sich der Protest auch gegen die eigene als korrupt empfundene Führung der PLO.

Die Intifada begann zunächst als ziviler Protest, der durch Israel gewaltsam niedergeschlagen wurde und daraufhin zu Selbstmord-Attentaten mit verheerenden Wirkungen auf die israelische Bevölkerung eskalierte. Hierfür hat sich international die Bewertung als „Terrorismus“ durchgesetzt, während die militärisch brutale Besatzungsgewalt als „Terrorismus-Bekämpfung“ qualifiziert wird.

Der einseitige Terrorismus-Vorwurf gegen die palästinensische Seite dient vor allem dazu, den Palästinensern/innen die Schuld am Konflikt anzulasten. Die Intifada ist – wie Guerilla-Krieg – eine asymmetrische Kriegsform militärisch Schwacher gegen einen hochgerüsteten Gegner. Auf beiden Seiten lassen sich Elemente der bewussten Gewalteskalation benennen, welche die Zivilbevölkerung nicht schonen. Diese bewusste Inkaufnahme ziviler Opfer kennzeichnet u.a. terroristische Gewalt.

Uri Avnery, der Senior der israelischen Friedensbewegung, der den Gedanken der Koexistenz zweier Staaten vertritt, schrieb: *„Nach 1 000 Tagen wurde trotz des Tötens und der Zerstörung der palästinensische Widerstandsgeist nicht gebrochen (...). Zu Beginn dieser Intifada gab es ein paar Freiwillige für Selbstmordattentate; zuletzt standen hunderte bereit. Auch die Palästinenser haben nicht gewonnen (...). Sie haben verhindern können, dass die palästinensische Sache nicht von der Weltagenda gestrichen wurde. Die israelische Wirtschaft ist schwer angeschlagen (...). Die Israelis sind, genau wie die Palästinenser, erschöpft. Diese Intifada ist für den augenblicklichen Zeitpunkt mit einem Unentschieden zu Ende.“* (taz, 15.7.2003).

Die Selbstmordattentate haben in Israel zur Unterstützung und Akzeptanz der rechtskonservativen Regierung beigetragen. Das zeigte sich unter anderem in der hohen Zustimmung für den Bau von Mauersperranlagen, obwohl diese rechtswidrig weit in palästinensisches Gebiet hinein gebaut wurden und zur Abriegelung und faktischen Annexion ganzer palästinensischer Landstriche führten. Die Militäraktionen Israels sowie die Zerstückelung der palästinensischen Gebiete durch Mauern, Zäune, Checkpoints, Siedlungen und Siedlerstraßen haben zu gemein-

samer Empörung der Palästinenser beigetragen. Dennoch wurde der israelisch-palästinensische Konflikt auch zum politischen Konflikt innerhalb beider Gesellschaften.

Im palästinensischen Teil fand dies zunächst seinen deutlichsten Ausdruck in der Auseinandersetzung um die Einstellung der Selbstmordattentate und des Raketenbeschusses. Am 22.6.2002 veröffentlichten 55 palästinensische Persönlichkeiten, darunter auch die prominente Politikerin Hanan Ashrawi, in der Ostjerusalemer Zeitung „Al Quds" einen Aufruf gegen Selbstmordattentate:

„Ausgehend von unserem Gefühl nationaler Verantwortung und angesichts der Gefahren, die von der Situation, in der sich das palästinensische Volk befindet, ausgehen, wünschen wir, die Unterzeichner, dass jene, die hinter den militärischen Operationen gegen Zivilisten in Israel stehen, kritisch ihre Bilanzen begutachten und damit aufhören, unsere Jugend zu diesen Operationen anzutreiben. Wir wünschen dies, weil wir als einziges Ergebnis dieser Anschläge die Verfestigung der Abneigung, der Wut und des Hasses und die Vertiefung der Kluft zwischen den beiden Völkern sehen. Sie zerstören die Möglichkeit, dass beide Völker Seite an Seite in zwei benachbarten Staaten in Frieden leben". (zit. aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2002).

In Israel standen die Vertreter/innen einer expansiven Siedlungspolitik denen gegenüber, die sich für ein friedliches Nebeneinander von zwei Staaten oder sogar für einen gemeinsamen Staat gleichberechtigter Bürger/innen einsetzen. Charakteristisch für diesen Konflikt war der Aufruf von 53 Offizieren und Soldaten/ innen aus Kampfeinheiten, der am 25.1.2002 in israelischen Zeitungen erschien:

„Wir werden nicht länger jenseits der Grenze von 1967 kämpfen, um die dortige Bevölkerung zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen. Die Befehle, die wir erhielten, zerstören alle Werte, die wir in diesem Land verinnerlicht haben. Wir begreifen heute, dass der Preis der Besetzung die Korrumpierung der gesamten israelischen Gesellschaft ist."

Mit der Eskalation von Gewalt wurden und werden in beiden Gesellschaften die Bedingungen für demokratisch-politisches Handeln repressiv eingeengt.

Der Dritte Golf-Krieg führte zur „Roadmap"

Im April 2002, also im Vorfeld des Dritten Golf-Krieges, trat das „Nahost-Quartett", bestehend aus UN, USA, EU und Russland, in seiner Erklärung von Madrid für einen Waffenstillstand, den Abzug des israelischen Militärs, sowie die Beendigung der palästinensischen Terror-Anschläge ein. Es sprach sich für das Ziel zweier Staaten – Israel und Palästina – gemäß UN-Resolution 1397 aus.

Vorher hatte der saudi-arabische Kronprinz Abdullah ein Friedensangebot im Namen von 22 arabischen Staaten unterbreitet: Gegenseitige Anerkennung in Verbindung mit der Bildung eines Staates Palästina in den Grenzen vor 1967. Die Parole der US-Regierung lautete jedoch: Erst Bagdad, dann Palästina. Dementsprechend wurde erst nach der US-GB-Invasion in den Irak das Thema wieder aufgenommen. Das Nahost-Quartett schlug eine „Roadmap for Peace" vor. Danach sollte 2005 ein Staat Palästina entste-

hen. Die israelische Regierung hatte sich allerdings vorbehalten, den ganzen Prozess abzulehnen, wenn einer von 13 Vorbehalten nicht erfüllt sein sollte. Angesichts der eskalierenden Konfrontation und der weitgehenden Untätigkeit des Quartetts fragten sich viele in Palästina, ob die „Roadmap“ nicht nur für den US-Wahlkampf 2004/5 gemacht war, um die verschiedensten Erwartungen abzudecken. Umgesetzt wurde die „Roadmap“ jedenfalls bislang nicht. Auch die Hoffnungen, die an den Teilrückzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 und den Abbau der dortigen Siedlungen geknüpft waren, wurden enttäuscht: Die US-Regierung belohnte diesen unilateralen Schritt Israels mit Zusagen zum Erhalt großer Siedlungsblöcke im Westjordanland.

Die vom Ausland immer wieder geforderten demokratischen Wahlen im Westjordanland und im Gazastreifen fanden im Januar 2006 statt. Ihre Durchführung wurde nicht beanstandet, aber der Sieg der Hamas gegen die Fatah wurde weder von den USA noch von vielen EU-Staaten akzeptiert. Hamas war nicht bereit, Israel und die früher geschlossenen Verträge offiziell anzuerkennen und grundsätzlich auf Gewalt zu verzichten. (Der ermordete Scheich und Gründer der Hamas, Yasin, hatte allerdings bereits 1997 eine „Hudna“ – einen Langzeitwaffenstillstand mit Israel – angeboten, was eine de facto Anerkennung Israels implizierte.) Der Westen stellte seine Hilfszahlungen weitgehend ein. Der Westen, insbesondere die USA unterstützte jedoch einseitig Präsident Abbas von der Fatah mit Finanzen und Rüstungsgütern, was von der Hamas vermutlich als eine Vorbereitung zum innerpalästinensischen Bürgerkrieg verstanden wurde.

Der jüngste Libanon-Krieg vom Juni 2006 führt zu einer weiteren Verhärtung und Verfeindung in der Region und zeigt aufs Neue die weitgehenden regionalen Wurzeln dieses Konflikts.

Eine von Saudi-Arabien im März 2007 vermittelte Einheitsregierung Hamas/Fatah, die auch zu einer Reform der PLO führen sollte, zerbrach sehr bald. Präsident Abbas entließ die von Hamas geführte Regierung und setzte eine Regierung seiner Wahl ein.

Hamas riss daraufhin im Juni 2007 in einem Gewaltstreich die Herrschaft im Gaza-Streifen an sich und bewirkte damit eine de facto-Zweiteilung der palästinensischen Territorien. Eine Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah scheint zur Zeit nicht in Reichweite zu sein.

Israel hat im September 2007 den Gazastreifen zum „Feindesland“ erklärt. Der Gazastreifen ist vollständig von Israel abhängig.

Ob die im Januar 2007 angekündigte Wiederbelebung des Nahost-Quartetts zu einer wirksamen Friedenspolitik in Nahost führen wird, ist ungewiss, zumal Washington sich nicht eindeutig gegen den weiteren Siedlungsausbau im Westjordanland wendet. Die großen Siedlungsblöcke im Westjordanland wurden sogar von der US-Regierung als israelisches Staatsgebiet anerkannt – entgegen vieler UN-Resolutionen und des Völkerrechts.

Auf Betreiben der US-Regierung fand im November 2007 in Annapolis eine Nahost-Konferenz statt, an der sich auch arabische Staaten beteiligten. Israelis und Palästinenser beschlossen im Dezember mit Friedensverhandlungen zu beginnen, die bis Ende 2008 zu einem Friedensvertrag über eine Zwei-Staaten-Lösung führen sollen.

Anhang II-III

Anhang 2: Friedensorganisationen im Nahen Osten

Die nachfolgende Auswahl von Kontaktadressen stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie möchte Anregungen geben, aktiv zu werden und Organisationen auf beiden Seiten des Konfliktes kennenzulernen und zu unterstützen, die sich für zivile Lösungen stark machen.

The Alternative Information Centre (AIC)
www.alternativenews.org
bryan@alt-info.org

Anarchists against the wall
www.awalls.org
info@awalls.org

Arab Educational Institute
www.aeicenter.org
aci@p-ol.com

Bat Shalom
www.batshalom.org
info@batshalom.org

Bisan Center for Research and Development
www.bisan.org
bisand@palnet.com

Breaking the Silence
www.breakingthesilence.org.il
webmaster@shovrimshtika.org

B'Tselem
www.btselem.org/English/
mail@btselem.org

Center for Conflict Resolution and Reconciliation (CCRR)
www.mideastweb.org/ccrr/
ccrr@palnet.com

Givat Haviva
www.dialogate.org.il givat_il@inter.net.il

The Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign
www.stopthewall.org
mobilize@stopthewall.org

Gush Shalom
www.gush-shalom.org
info@gush-shalom.org

Hand in Hand – (Zentrum für jüdisch-arabische Erziehung in Israel)
www.handinhand12.org
info@handinhand.org.il

Health Work Committees
www.hwc-pal.org
uhwc@palnet.com

The International Center of Bethlehem – Dar Annadwa Adduwaliyya
www.annadwa.org/german.htm
info@annadwa.org

International Solidarity Movement
www.palsolidarity.org/
ism-germany@gmx.net

The Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD)
www.icahd.org
info@icahd.org

The Israel Interfaith Association
www.uni-Leipzig.de/~judaica/
i-faith/ index2.htm
webmaster@israel.interfaith.co.il

Jerusalem Center for Women
www.j-c-w.org
jcw@palnet.com

Latin Patriarchat of Jerusalem
www.lpj.org
latinpat@actcom.co.il

Library on Wheels
www.library.hhpl.on.ca
lownp@palnet.com

Machsomwatch
www.machsomwatch.org
machsomwatch@gmail.com

Neve Shalom/Wahat al-Salam
www.nswas.org
pr@nswas.com

New profile Movement for the Civilization of Israeli Society
www.newprofile.org/
info@newprofile.org

Oz VeShalom
www.netivot-shalom.org.il
ozshalom@netvision.net.il

Palestinian Agricultural Relief Committees (PARC)
www.pal-arc.org
parc@pal-arc.org / parc@parc.ps

Palestinian Center for the Dissemination of Democracy and Community (Panorama)
www.panoramacenter.org
panorama@panoramacenter.org

Parents Circle – Families Forum
www.theparentscircle.com
contact@theparentscircle.org

Peace Research Institute in the Middle East (PRIME)
www.vispo.com/PRIME/
prime@planet.edu

Physicians for Human Rights Israel (PHR)
www.phr.org.il/phr/, mail@phr.org.il

Rabbis for Human Rights (RHR)
www.rhr.israel.net/
info@rhr.israel.net

Sabeel (Ökumenisches Befreiungstheologie Center)
www.sabeel.org
nazareth@sabeel.org

Society of Saint Yves – Catholic Human Rights Center for Legal Resources und Development
www.saint.yves.org
saintyve@012.net.il

Ta'ayush (Zusammen leben)
www.taayush.org/
info@taayush.org.

Wi'am (Palestine Conflict Resolution Center)
www.alaslah.org/
alaslah@planet.edu

Women in Black Jerusalem
www.coalitionofwomen.org/home/english/
womeninblackjerusalem@yahoogroups.com

Zochrot – Learning-Center
www.zochrot.org
zochrot@netvision.net.il

Anhang 3: Organisationen in Deutschland, die die Friedensbewegungen im Nahen Osten unterstützen

Die nachfolgende Zusammenstellung von Organisationen in Deutschland, die in der Friedensarbeit in Israel und Palästina engagiert sind, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte lediglich exemplarisch zeigen, welche Aktivitäten bereits bestehen und ausgebaut werden könnten. Der Stärkung der zivilen Kräfte vor Ort im Nahost-Konflikt kommt eine große Bedeutung zu.

Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste (ASF)

ASF ist eine Freiwilligenorganisation, die von Christen gegründet wurde, die sich der Ära des Nationalsozialismus in Deutschland stellen wollten. Die Anerkennung der deutschen Schuld am zweiten Weltkrieg war der Startpunkt für Aktion Sühnezeichen im Jahre 1958. Mehr als 20 Freiwillige sind jährlich in Israel tätig, die mit alten und behinderten Menschen, benachteiligten Kindern, an Gedenkstätten und Instituten wie z.B. Yad Vashem und dem Leo Baeck-Institut arbeiten.

Die Arbeit mit benachteiligten Minderheiten ist ein wichtiger Pfeiler der ASF-Versöhnungsarbeit. Deshalb arbeitet ASF mit verschiedenen Projekten jüdisch-arabischer Verständigung zusammen. Auch ist ASF an Initiativen beteiligt, interreligiösen Dialog in Israel zu fördern.

Aktion Sühnezeichen fühlt sich besonders den Gruppen nahe, die kooperative und zivile Wege suchen, mit dem Nahostkonflikt umzugehen. ASF betreibt in Jerusalem ein internationales Zentrum, das „Ben Yehuda Haus" und organisiert Seminare und Treffen über jüdisch-christliche und israelisch-deutsche Beziehungen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststr. 80, 10117 Berlin
Tel. 030/2 83 95-184
Fax 030/2 83 95-135
asf@asf-ev.de, www.asf-ev.de

Arbeitskreis Nahost Berlin

Der AK Nahost Berlin ging aus der Jüdischen Gruppe hervor, die 1982 aus Protest gegen den Libanonkrieg entstanden ist. Er ist unabhängig von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit und offen für alle Interessierte, die sich für die Ziele des AK einsetzen. Der AK unterstützt israelische und palästinensische Friedensgruppen, die sich für ein Ende der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens sowie gegen die Annexion Ost-Jerusalems einsetzen. Besonders wichtig ist der unmittelbare Kontakt in die Region. Seit mehreren Jahren unterstützt der AK Nahost Berlin die Arbeit von Taayush (http://taayush.tripod.com), das freedom theatre in Jenin (www.thefreedomtheatre. org) und arbeitet z.B. mit Machsom Watch zusammen, einer Frauengruppe in Israel, die regelmäßig die Vorgänge an den checkpoints beobachtet. Der AK Nahost plant Veranstaltungen zwischen NGOs und Politikern, die in Menschenrechtskommissionen tätig sind. Seit Juni 2006 ruft der Arbeits-

kreis monatlich zu einer Solidaritätskundgebung mit dem Dorf Bilin auf. Bilin (www.bilin-village.org) liegt in der Westbank und führt jeden Freitag eine gewaltfreie Demonstration gegen den Bau der Mauer bzw. Grenzzaunanlage durch, die ihnen den Zugang zu ihren Feldern versperrt und ihnen damit die Lebensgrundlagen nimmt.

AK Nahost Berlin c/o Bildungswerk
der Heinrich-Böll-Stiftung
Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
info@aknahost.org

Bund für Soziale Verteidigung

Gruppe „Gewaltfrei eingreifen ... in den Palästina-Konflikt". Seit Anfang 2002 arbeitet im BSV eine Gruppe zu der Fragestellung, welche Aktivitäten sie in Deutschland entfalten können, um im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern diejenigen Kräfte zu stärken, die für eine friedliche Lösung einstehen. Nach einer Erkundungsreise und einem Workhop mit israelischen Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen entstanden folgende Projekte:

1. KDV-Unterstützung: In einem Email-Newsletter informiert die Gruppe über israelische Kriegsdienstverweigerer und unterstützt sie durch Briefe und Protestschreiben.

2. Das BSV-Stipendium für Zivile Konfliktbearbeitung: Der BSV hat einem Israeli und einem Palästinenser den viermonatigen Ausbildungskurs in Ziviler Konfliktbearbeitung finanziert, den das Forum Ziviler Friedensdienst anbietet.

3. Eine Vortragsrundreise durch Nordrhein-Westfälische Schulen mit Jugendlichen aus der Gruppe „Breaking Barriers". Breaking Barriers organisiert gemeinsame Treffen und Workshops israelischer und palästinensischer Jugendlicher, um durch gegenseitiges Kennenlernen Fremdheit zu überwinden und Feindbilder abzubauen.

4. Ein Projekt des Zivilen Friedensdienstes bei den Jahalin-Beduinen in der Westbank nahe Jerusalem. Es setzt die bisherige intensive Freiwilligenarbeit u.a. der „Rabbis für Menschenrechte" fort. Dieses Projekt soll nicht nur die Lebensbedingungen der Beduinen verbessern helfen, sondern auch zum Abbau von Schranken zwischen den Bewohnern des Beduinen-Camps, der palästinensischen Gesellschaft und den BewohnerInnen der nahe gelegenen Siedlung Maàle Adumim beitragen.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 0571/29456, Fax 0571/23019
soziale_verteidigung@t-online.de
www.soziale-verteidigung.de

Connection e.V.

In Israel steigt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer kontinuierlich an. Mehr als 2.000 Männer und Frauen, Wehrpflichtige wie Reservisten, haben ihre Verweigerung öffentlich erklärt. Einige wurden zu einem Jahr Haft verurteilt. Ihre Motive reichen von der grundsätzlichen Ablehnung des Militärs bis zur Ablehnung des Dienstes in den besetzten Gebieten. Gerade durch die unterschiedlichen Ansätze kann diese Bewegung eine besondere Kraft entfalten: für eine friedliche und gerechte Lösung. Connection e.V. unterstützte die Bewegung mit einer Email-Aktion, gab 2004 und 2006 Broschüren heraus, in der auch weitere Friedensaktivitäten in Israel und Palästina vorgestellt werden, pflegt Kontakte zu verschiedenen Gruppen und lud VertreterInnen von New Profile und Taayush zu Veranstaltungsreihen ein.

Connection e.V.
Gerberstr. 5, 63065 Offenbach
Tel. 069-8237 5534, Fax 069-8237 5535
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAK) e.V.

Der 1977 gegründete diAK ist davon überzeugt, dass das nationale Selbstbestimmungsrecht von Israelis und Palästinensern die Grundlage einer friedlichen Konfliktlösung bilden muss. Der diAk sucht dabei den Kontakt vor allem zu solchen Personen und Gruppen, die aktiv für eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts eintreten. Die Aktivitäten umfassen u.a.:

- Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „israel&palästina".
- Herausgabe von ein bis zwei Bänden pro Jahr in einer Schriftenreihe.
- Veranstaltung eines Jahresseminars mit ReferentInnen aus der Region.
- Darstellung dieser Aktivitäten sowie der Entwicklungen in der Region und der Diskussionen darüber in Deutschland auf der diAk-Homepage.
- Beratungs- und Referententätigkeiten einzelner Mitglieder u. des Vorstandes.

Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V.
Geschäftsstelle, Zeißstr. 51/1
22765 Hamburg, Tel. 040-39 55 73
geschaeftsstelle@diak.org
www.diak.org

EAPPI / ÖFPI

Freiwillige des „Ökumenischen Friedensdienstes in Palästina und Israel" (ÖFPI, engl. EAPPI) unterstützen israelische und palästinensische Friedensaktivisten in ihrem Bemühen um eine gerechte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts. Sie leben für drei Monate mit den Menschen vor Ort zusammen und arbeiten in internationalen Teams mit der örtlichen Bevölkerung, mit Kirchen, kirchlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Wo immer möglich, versuchen sie zu deeskalieren, um Gewalt gegen Zivilisten und deren Demütigung zu verringern. Das Begleitprogramm, das der Ökumenische Rat der Kirchen 2002 im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt ins Leben gerufen hat, möchte aktiv bezeugen, dass gewaltfreier Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden möglich ist. Ein wichtiger Teil der Arbeit der Freiwilligen besteht daher in der Öffentlichkeitsarbeit nach ihrer Rückkehr. Voraussetzungen zur Teilnahme sind u.a. ein Mindestalter von 25 Jahren, sehr gute Englisch-Kenntnisse sowie Erfahrungen in der Entwicklungs-, Menschenrechts- oder Solidaritätsarbeit.

Die deutsche Beteiligung an diesem Programm liegt in Verantwortung des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland (EMS), des Berliner Missionswerks (BMW) und der katholischen Friedensbewegung pax christi. Sie werden dabei unterstützt durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Brot für die Welt, das Evangelische Missionswerk (EMW), die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) und andere kirchliche Stellen. Seit 2005 beteiligt sich auch das Netzwerk der ehemaligen deutschen Freiwilligen an dieser Arbeit.

Bewerbungen für den Friedensdienst können an drei Organisationen gerichtet werden:

- Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland, Pfarrer Andreas Maurer
  Tel. 0711 / 636 78 37
  maurer@ems-online.org
- Berliner Missionswerk, Pfarrerin
  Almuth Nothnagle, Tel. 030 / 24 34 41 96
  a.nothnagle@bmw.ekbo.de
- pax christi, Geschäftsführerin
  Christamaria Weber, Tel. 0 61 01 / 20 73
  c.weber@paxchristi.de

Weitere Informationen auch unter:
www.eappi-netzwerk.de, www.eappi.org
www.eed.de/eappi

EED / MISEREOR: Gemeinsame Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost

Das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) fördern im Rahmen ihrer Programmarbeit Nahost zahlreiche israelische und palästinensische Partnerorganisationen. Ein großer Teil von ihnen engagiert sich in den Bereichen Frieden, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte. Um ihre Arbeit zu unterstützen, haben die Werke Anfang 2007 beschlossen, ihre Programmarbeit in Nahost durch gezielte Lobby- und Advocacy-Aktivitäten zur Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Konflikt durch die Gemeinsame Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost zu ergänzen.

Im Zentrum der ökumenischen Kooperation steht die Forderung nach einer konsequenteren Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Denn dessen entwicklungspolitische Bedeutung liegt auf der Hand: Es schützt in Konfliktsituationen und unter Besatzung das private und öffentliche Leben der betroffenen Menschen und ihre Entwicklungschancen. Dadurch hilft es, die Tür zu einem gerechten Frieden offen zu halten. Zusammen mit europäischen Schwesterhilfswerken in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten erarbeiten die beiden Hilfswerke Empfehlungen dafür, wie Drittstaaten konsequenter ihrer eigenen Verpflichtung nachkommen können, für die Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte in Israel und den palästinensischen Gebieten Sorge zu tragen. Konkret geht es darum, bei der Umsetzung von Kooperationsmaßnahmen der Europäischen Union mit den Konfliktparteien sicherzustellen, dass durch sie keine indirekte Anerkennung, Beihilfe oder Un-

terstützung rechtswidriger Maßnahmen erfolgt. Weitere Infos:
www.eed.de/voelkerrecht-nahost
Bernhard Schäfer
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Evangelischer Entwicklungsdienst
Tel. +49-(0)2 28 / 81 01-21 06
Fax +49-(0)2 28 / 81 01-1 60
bernhard.schaefer@eed.de

Forum Ziviler Friedensdienst – Abteilung Nahost

Seit 2000 engagiert sich das forumZFD mit Projekten des Zivilen Friedensdienstes in Nahost. Ein Projekt zur Ausbildung von Studentinnen und Mitgliedern von Jugendeinrichtungen in der gewaltfreien Kommunikation, das das forumZFD zusammen mit dem Willy Brandt-Zentrum durchführte, wurde 2005 abgeschlossen. Momentan laufen vier Projekte des forumZFD und seiner Partnerorganisationen (Willy Brandt-Zentrum und Bund für soziale Verteidigung) in Palästina und Israel und ein Projekt in Palästina, Israel und Jordanien. Bei letzterem geht es um Erinnerungsarbeit und Konfliktbearbeitung im Projekt Land und Identität. Ziel des Projektes ist es, verschiedene politische und soziale Akteure in Israel, Palästina und Jordanien als Friedensallianzen zu befähigen, zusammen über die Flüchtlingsfrage und den teilweise konfliktschürenden „Erinnerungsfiguren" (Erinnerungsfiguren als Schlüsselkonzept der Theorie des kulturellen Gedächtnisses nach Jan Assmann und Maurice Halbwachs) in beiden nationalen Gemeinschaften zu reflektieren. Die Zielgruppen umfassen jüdische und arabische Israelis und Palästinenser, sowohl aus den palästinensischen Gebieten, als auch aus Jordanien, die als junge Aktivisten bereits in Bemühungen eingebunden sind, sozialen Wandel innerhalb ihrer Gemeinschaften zu fördern.
Forum Ziviler Friedensdienst
Wesselstraße 12, 53113 Bonn
Tel. 02 28 / 9 81 45 15
Fax. 02 28 / 9 81 45 17
kontakt@forumZFD.de
www.forumzfd.de/

Freunde von Neve Shalom/ Wahat al Salam e.V.

Der Verein wurde am 27.7.1975 in Bendorf von Teilnehmern der Internationalen-Jüdisch-Christlichen Bibelwoche gegründet, um den Aufbau des neuen Friedensdorfs in Israel für Juden, Christen und Muslime zu unterstützen.

In der „Oase des Friedens" in Israel leben Juden und palästinensische Araber als israelische Staatsbürger aus eigenem Entschluss gleichberechtigt zusammen und arbeiten gemeinsam für Frieden und Versöhnung. Mehr unter www.nswas.org. Der Verein hat erheblich zum Aufbau des Friedensdorfes, seiner pädagogischen Einrichtungen und des Gätehauses beigetragen, in nicht weit voneinander leben, aber bisher mit Vertretern des anderen Volkes kaum oder noch gar nicht gesprochen haben.

Bei mehrtägigen, von jüdischen und arabischen Facilitatoren der Friedensschule geleiteten Workshops kommen je 30 Schüler aus einer jüdischen und einer arabischen Oberschule zusammen. Sie begegnen dabei dem Selbstverständnis der anderen und werden sich ihres eigenen bewusst. Erwachsene unterschiedlicher Berufsgruppen aus Israel und Palästina, wie Ärzte, Juristen, Pädagogen, Journalisten, suchen bei Seminaren der Friedensschule Ant-

worten auf die Fragen nach den Ursachen und möglichen Lösungen des Konflikts und eine auch fachliche Zusammenarbeit trotz allem. Sie treffen sich seit der totalen Schließung der palästinensischen Grenze für Palästinenser und Israelis nun in Jordanien, Zypern, der Türkei oder Deutschland. Seit der Gründung in den siebziger Jahren haben mehr als 35.000 Juden und Araber an Veranstaltungen der Friedensschule teilgenommen. Die regionale sechsklassige zweisprachige und bikulturelle Grundschule mit Kindergarten wird als Privatschule vom Erziehungsministerium kaum gefördert.

Im geistlichen Zentrum „Doumia/Sakinah" studieren Geistliche und Laien Texte der eigenen heiligen Schriften und der anderer Religionen, die Frieden und Verständigung fordern und fördern.

Jährlich lädt der Verein zu einer Tagung ein, bei der Referenten aus Israel, Palästina und Deutschland über den Friedensprozess im Nahen Osten und die Friedensarbeit berichten. Diskussionen und Arbeitsgruppen untersuchen, wie wir diese fördern und für unsere politische Bildung und eigene Verständigungsarbeit in Deutschland nützen können.

Namhafte Persönlichkeiten der Kultur, der Kirchen und des Öffentlichen Lebens unterstützen die Arbeit des Vereins für die Förderung des Friedens in Israel und Palästina, u. a. auch im Kuratorium.

Die **„Bruno-Hussar-Stiftung"** wurde vom Verein 2001 im Andenken an den Gründer der Oase des Friedens gegründet (www.bruno-hussar-stiftung.de), um die Förderung der Friedensarbeit langfristig zu sichern. Sie hat in den letzten Jahren mehrmals humanitäre Aktionen aus Neve Shalom/Wahat al Salam für Palästinenser unterstützt, z. B. während der Zweiten Intifada die medizinische Versorgung in davon abgeschnittenen Dörfern der Westbank und seit 2006 regelmäßig Sommerferien für palästinensische Kinder aus Flüchtlingslagern der Westbank. 2008 und 2009 kamen dazu zweimal je 46 Kinder mit ihren Betreuern ins Friedensdorf. Darüber hinaus hat sie u. a. auch ein Theaterprojekt mit Beduinenkindern und jüdischen Kindern in Israel und mehrmals ein Kinderheim in Gaza und der Westbank gefördert.

Freunde von Neve Shalom / Wahat al Salam e.V.
Sonnenrain 30, 53757 St.Augustin
Tel. 0 22 41/33 11 53
Fax 0 22 41/39 65 49
friedensoase@gmx.de, www.nswas.org

IPPNW

Ziele der IPPNW sind die weitere Stärkung der Kontakte nach Israel-Palästina und dabei das Einholen von Informationen über die – gleichgültig von welcher Seite verursachte – Notlage der dortigen Bevölkerung und Menschenrechtsverletzungen. Wichtig ist insbesondere der Kontakt zu den Ärzten für Menschenrechte (PHR Israel), und (aktuell) auch eine kritische Diskussion mit der Israeli Medical Association. In den letzten Jahren besuchten IPPNW-Delegationen Israel/Palästina. Seit 2003 thematisiert die IPPNW in Deutschland den Mauerbau, z. B. durch Mitarbeit an der internationalen Konferenz „Stop the Wall" 2004 und 2006, und im daraus entsprungenen Koordinationskreis (www.stopptdiemauer. de).

IPPNW-Studierende aus Deutschland und anderen westlichen Ländern beteiligten sich seit Sommer 2004 in jedem Jahr in vier Flüchtlingslagern der Westbank an einem Projekt über psycho-soziale Auswirkungen von Krieg und Gewalt auf Kinder und Jugendliche (Palestinian

Refugee Project www.ippnw-students.org/ReCap/ReCap. html).
IPPNW Geschäftsstelle
Körtestr. 10, 10967 Berlin
Tel. 0 30/69 80 74-13
Fax 0 30/6 93 81 66, www.ippnw.de

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München

Im Jahre 1985 fanden sich in München ansässige palästinensische und jüdische Frauen und Männer zusammen und beschlossen die Gründung der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe. Es hatte sich nämlich gezeigt sich, dass es auch für die in Deutschland lebenden Mitglieder der Gruppe nicht möglich ist, sich von dem israelisch-palästinensischen Konflikt abzugrenzen.

Seither bemüht sich die Gruppe durch Recherchen und Diskussionen, die Hintergründe und Probleme der Konfrontation beider Völker zu analysieren. Durch Studienreisen durch Palästina (Westbank, Gaza) und Israel machte sich die Dialoggruppe ein Bild von der Situation vor Ort und führte Gespräche mit Vertretern verschiedener palästinensischer und israelischer Organisationen. Die Gruppe besuchte auch einige Flüchtlingslager.

Die Dialoggruppe trifft sich regelmäßig und bespricht historische und aktuelle Aspekte des nunmehr seit einem Jahrhundert währenden Konflikts. Dadurch konnten Barrieren von Misstrauen und Unkenntnis untereinander abgebaut werden. Die Dialoggruppe unterstützt Initiativen im Nahen Osten und Europa und organisiert von Zeit zu Zeit Veranstaltungen, zu denen israelische und palästinensische Gäste eingeladen werden, um so durch Information der Öffentlichkeit zum besseren Verständnis des Konfliktes und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen.

Judith Bernstein, Viktor-Scheffel-Str. 5, 80803 München
Tel. 0 89/34 01 95 20
judith.bernstein@web.de
Riyad Helow, Grimmeisenstr.27
81927 München, Tel. 0 89/90 77 56 20
riyad.helow@web.de

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Am 9. November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ die Sektion der Föderation „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ („Europäische Juden für einen gerechten Frieden“) in den Räumen des Hauses der Demokratie und der Menschenrechte ins Leben gerufen. Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ handelt auf der Basis der Gründungserklärung der „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ (EJJP), die im September 2002 in Amsterdam von 18 jüdischen Organisationen aus 10 europäischen Ländern verabschiedet wurde.

Als assoziiertes Mitglied der Föderation will sie über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gerechten Friedens zwischen Palästina und Israel informieren. Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie darin, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht in der Europäischen Union, in den Vereinten Nationen und nicht zuletzt auch in Nahost nachdrücklich und unmissverständlich im Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina auf integriertem Hoheitsgebiet und innerhalb sicherer Grenzen nutzt und aktiv zur Verwirklichung eines dauerhaften und für beide Nationen lebensfähigen Friedens beiträgt

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
c/o Internationale Liga für Menschenrechte, Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Fax 0 30/3 96 21 47
mail@juedische-stimme.de
www.juedische-stimme.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie – „Ferien vom Krieg"

Bei der Aktion „Ferien vom Krieg" begegneten sich in den letzten 14 Jahren 20.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus den verfeindeten Gruppen des Balkans bzw. des Nahen Ostens zu gemeinsamen Freizeiten.

Die meisten der jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina (Westbank) hatten noch nie zuvor Kontakt zu Menschen der anderen Seite. Viele der 500 jungen Israelis kamen, – auch gegen den Rat der Familie – nach Deutschland, um „den Terroristen" zu begegnen. Viele der 500 PalästinenserInnen aus der Westbank passierten trickreich die checkpoints oder umgingen sie auf gefährliche Weise, um „ihre Besatzer" kennen zu lernen. Auf beiden Seiten können diese Kontakte als „Verrat" oder „Kollaboration mit dem Feind" denunziert werden und soziale Sanktionen zur Folge haben.

Bei dem schwierigen Dialogprozess geht es um die Bedrohungen und Ängste im Alltag, aber auch um Hoffnungen und Visionen. Die Teilnehmer lernen die Perspektive der „anderen" zu den Ursachen der Konfliktgeschichte ebenso kennen wie die politischen und ökonomischen Interessen der Kriegsparteien. Sie erfahren hautnah, dass die Schuldfrage nicht so einfach zu lösen ist, wie ihnen die heimische Propaganda weismachen will. Auch wenn Schreckensmeldungen über terroristische Bombenangriffe der israelischen Armee oder über Mordanschläge von palästinensischen Terroristen die Begegnungen belasteten, kam es nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

„Wir können zusammen leben – sogar unter einem Dach! Das ist eine phantastische Erfahrung!" – so das Resümee einer Palästinenserin. Darüber hinaus wurden für ca. 500 Kinder aus palästinensischen Flüchtlingslagern Ferienspiele finanziert.

Dieses friedenspolitische Projekt des „Komitee für Grundrechte und Demokratie" (Köln) wird ausschließlich durch private Spenden und Sammlungen finanziert. (Eine „Ferienpatenschaft" beträgt 130 Euro)
Helga Dieter, Tel. 0 69/7 89 25 25
ubihedi@t-online.de
www.ferien-vom-krieg.de
Komitee für Grundrechte und Demokratie, Tel. 02 21/9 72 69 20
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

KoPI

Der „Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel – Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden" ist ein Zusammenschluss deutscher Friedens-, Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen. Es gibt keine Einzelmitgliedschaft, Mitglieder sind vielmehr Gruppen, Organisationen und Vereine. Zu den Mitgliedern von KoPI gehören u. a. „Pax Christi, Deutsche Sektion", die IPPNW, die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden", die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft" (DPG), die

„Palästinensische Gemeinde Deutschland“ (PGD) die „Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft“ (DPMG) sowie der „Internationale Versöhnungsbund – Deutscher Zweig“ (IFOR). Partner-Organisationen von KoPI sind die „Palästinensische Graswurzelkampagne gegen die Apartheidmauer“ (Stop the Wall), „Bi'lin, a Village of Palestine“, die Internationale Free-Gaza-Bewegung und das „Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen“ (ICAHD).

Aus der am 29. August 2009 angenommenen Plattform von KoPI:

„Alle Menschen in Palästina und Israel haben das Recht, in Frieden und in international anerkannten Grenzen zu leben.“

„Unsere Orientierungslinie zur Bewertung des Konflikts ist das Völkerrecht. Völkerrecht wird vielfach verletzt: in der seit 1967 andauernden Besatzung, ... durch den Bau der Mauer, der israelischen Siedlungen, ... durch die vollständige Abriegelung des Gaza-Streifens, ... durch Kollektivstrafen …“

„Völkerrecht wird auch verletzt, wenn Zivilisten angegriffen werden.“…

„Die Politik Deutschlands und der europäischen Staaten gegenüber dem Nahen Osten ... darf nicht weiter die Besatzung unterstützen.“…

„Wir unterstützen gewaltfreie Initiativen in Palästina und Israel, die für ein gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben beider Völker eintreten.“

Mindestens zweimal jährlich finden Konferenzen von KoPI mit Vertretern der verschiedenen Mitgliedsgruppen statt.

Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden
kopi.kontakt@t-online.de
www.kopi-endederbesatzung.de

KURVE Wustrow

Die KURVE Wustrow engagiert sich seit 1994 in Palästina, zunächst im Freiwilligendienst, mittlerweile vor allem im Friedensfachdienst. Ziel des Engagements in der Region ist es, die lokalen Friedenskräfte zu stärken und zivile gewaltfreie Konflikttransformation nachhaltig in der palästinensischen Zivilgesellschaft zu verankern. Zur Zeit arbeitet eine Friedensfachkraft im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) für die Union of Palestinian Women Committees (Ramallah), eine Partnerorganisation der KURVE Wustrow, am Aufbau eines TrainerInnennetzwerks im Bereich Gender und gewaltfreie Konfliktbearbeitung. PalästinenserInnen aus den unterschiedlichen Partnerorganisationen nahmen auch als TrainerInnen oder TeilnehmerInnen am Internationalen Training und Fachseminaren der KURVE Wustrow teil, um Konfliktlösung „von unten“ zu lernen und zu lehren.

Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow e.V.,
Kirchstraße 14, 29462 Wustrow
Tel. 0 58 43 / 98 71-0
Fax 0 58 43 / 98 71-11
info@kurvewustrow.org
www.kurvewustrow.org

Medico International

Der Nahe Osten – Israel und Palästina – gehört zu den ältesten Projektregionen von medico international. Im Jahre 2003 rief medico gemeinsam mit Intelektuellen zum Solidarfonds „Zeichen paradoxer Hoffnung“ zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Israel und Palästina auf, die über alle Grenzen und Feindbilder hinweg für Zusam-

menarbeit eintreten und auf Demokratie und Respektierung der Menschenrechte drängen.

Partner & Projekte

1. Tel-Aviv-Ramallah-Gaza: Physicians for Human Rights PHR-Israel / Palestinian Medical Relief Society PMRS. Gesundheit ist Menschenrecht für alle Menschen in Israel und den besetzten Gebieten, so lautet die Devise der PHR-Israel (Ärzte für Menschenrechte). Gemeinsam mit der palästinensischen Medical Relief Society PMRS besuchen die israelischen Ärzte mit mobilen Kliniken die Dörfer der Westbank, die ohne gesicherten Zugang zu regulärer Gesundheitsversorgung sind.

2. Jerusalem-Bethlehem: Das Alternative Information Center (AIC) Das AIC ist ein Kooperationsprojekt zwischen israelischen und palästinensischen AktivistInnen. Die Arbeit des jüdischen Büros in Jerusalem und des palästinensischen in Bethlehem stellt eine der wenigen verbliebenen jüdisch-arabischen Initiativen dar.

3. Nazareth: Women Against Violence/ Frauen gegen Gewalt (WAV) Die arabisch-israelische Vereinigung Women Against Violence (WAV) ist eines der ältesten Frauenhäuser für arabische Frauen im Nahen Osten. Die WAV unterstützen arabische Frauen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung innerhalb der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel wie auch gegenüber der jüdisch dominierten Mehrheitsgesellschaft.

medico international e.V.,
Burgstraße 106, 60389 Frankfurt/M.
Tel. 069/9 44 38-0, Fax 069/43 60 02
info@medico.de, www.medico.de

Ohne Rüstung Leben – ORL

Ohne Rüstung Leben informiert über den Konflikt sowie über Aktivitäten der Friedens- und Menschenrechtsbewegung vor Ort. Das besondere Interesse gilt Gruppen, die sich gegen die Militarisierung der israelischen Gesellschaft engagieren und/ oder aus dem Militär heraus kritisch zur aktuellen Politik Israels Stellung beziehen (zum Beispiel Yesh Gvul, Shministim, Courage to Refuse, New Profile, ...). Darüber hinaus informiert ORL über Rüstungsexporte in die Konfliktregion, insbesondere nach Israel, das zu den größten Empfängern deutscher Rüstungslieferungen außerhalb der NATO gehört. Über das Engagement im Forum Ziviler Friedensdienst setzt sich ORL auch für zivile Konfliktbearbeitung in der Region ein.

Ohne Rüstung Leben, Referat Grundsatzfragen – Zivile Konfliktbearbeitung
Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart
Tel. 0711/60 83 96, Fax 07 11 / 60 83 57
orl-smidoda@gaia.de

Pax Christi – Deutsche Sektion

Pax Christi engagiert sich seit den 70er Jahren für einen gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, der beiden Völkern Sicherheit schenkt. Kontakte bestehen zu israelischen Gruppen, u.a. zu Gush Shalom, dem Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), B'tselem und den Rabbinern für Menschenrechte und zu palästinensischen Organisationen wie dem Haus der Gnade in Haifa, dem „Arab Educational Institut" (www.aeicenter. org), der Society of St. Yves oder dem internationalen Begegnungszentrum in Betlehem. Immer wieder lädt Pax Christi Friedensbewegte aus Israel und Palästina zu Vortragsreisen und Tagungen nach

Deutschland ein, zuletzt Jeff Halper (ICAHD) aus Jerusalem und Husam al Najar (Planungsministerium) aus Gaza, um diese Stimmen in Deutschland zu Gehör zu bringen. Pax Christi hat im Jahr 2007 ein Projekt des Zivilen Friedens-Dienstes (ZFD) zur interreligiösen Friedensarbeit in Jerusalem begonnen. Außerdem ist die Organisation Mitträgerin des EAPPI-Programms des Weltkirchenrats. Die Pax Christi Nahostkommission treibt im Verband die inhaltliche Arbeit voran. Sie stellt Forderungen an die Politik, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Politik nicht länger mitzutragen, sie arbeitet in der bundesweiten Kampagne „Stoppt die Mauer in Palästina – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" mit, erstellt Info-Material und vertreibt aus einem Selbsthilfeprojekt in Betlehem Olivenholz-Arbeiten. Eine Fotoausstellung „Time for Palestine" mit 40 laminierten DIN A 3 formatigen Bildern und dazugehörigende Postkarten ist bei der Nahostkommission auszuleihen. Regionale Nahost-Arbeitskreise gibt es in: Aachen, Augsburg und Stuttgart.

Pax Christi
Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel
Tel. 0 61 01 / 20 73, www.paxchristi.de

Versöhnungsbund e.V.

Der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (International Fellowship of Reconciliation, IFOR) beschäftigt sich im Rahmen seiner Nahost-Kommission mit dem Israel-Palästina-Konflikt. Mitglieder besuchen immer wieder Partnerprojekte wie z.B. die Bücherei auf Rädern (library on wheels) des Palästinensers Nafez Assaily, der mit gewaltfreier Literatur durch die Westbank fährt und diese an Kinder und Jugendliche verteilt, oder Amos Gvirtz vom israelischen Komitee gegen die Zerstörung von Häusern. Der Versöhnungsbund organisierte 2005 für diese beiden Vertreter der Friedensbewegungen beider Seiten eine Vortragsreise quer durch Deutschland. In den letzten beiden Jahren wurden weitere Referenten-Touren in Deutschland mit Noah Salameh, dem Direktor des „Zentrums für Konfliktlösung" in Bethlehem sowie mit einem israelischen Kriegsdienstverweigerer durchgeführt. Auf dem evangelischen Kirchentag wie auch den Katholikentagen organisierte die Versöhnungsbund-Nahostkommission zahlreiche Veranstaltungen mit Gästen aus Israel/Palästina oder auch z.B. mit Prof. Rolf Verleger, Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Anka Schneider vom Versöhnungsbund-Vorstand nahm an einem ISM-Freiwilligendienst im Gazastreifen teil, Ilse Mühlstep verstärkte 2007 das Christian Peace Maker Team (CPT) in Hebron. Der Friedensreferent des Versöhnungsbundes und Co-Autor dieses Dossiers, Clemens Ronnefeldt, besuchte in den vergangenen Jahren mehrfach israelische und palästinensische Friedensgruppen; über seine Erfahrungen und Analysen berichtet er bundesweit bei Vorträgen, in denen er auch Kontakte zu Friedensorganisationen beider Seiten vermittelt.

Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 05 71 / 85 08 75, Fax 05 71 / 829 23 87
vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Friedensfahne
Shalom/Salaam

Spendenkonto

Förderverein Frieden e.V.
Konto-Nr. 1900 726 793
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
Stichwort: *Monitoring-Projekt*

Bestellung an

Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28/69 29 04 · Fax 02 28/69 29 06
info@koop-frieden.de

Organisation/Gruppe _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

eMail _____

Ich/wir bestellen ..... Expl. der BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt.

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier I: Der Iran-Konflikt

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier II: Der türkisch-kurdische Konflikt

jeweils: 1 Expl. à 1,– EUR; ab 5 Expl. à 0,50 EUR; ab 50 Expl. à 0,40 EUR

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt – Neuauflage Juni 2010

Ich/wir bestellen ..... Expl. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt – Neuauflage Nov. 09

jeweils: 1 Expl. à 1,20 EUR; ab 5 Expl. à 1,00 EUR; ab 50 Expl. à 0,70 EUR

Ich/wir bestellen ..... Expl. **Friedensfahne „Shalom/Salaam“ (heb.arab.) à 10,00 EUR**

zzgl. Versandkosten / gegen Rechnung.

Eine englischsprachige Version des Dossier III: „**The Israel-Palestine-Conflict**“ findet sich als PDF unter:
www.koop-frieden.de/dokumente/monitoring-dossier-3-english.pdf